Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 4,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,50 Mark, Reklamen 20,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf 926

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Lübecker Volksbote

Nummer 119 — Dienstag, den 23. Mai 1922. — 29. Jahrgang.

Die Zweite Internationale in Köln.

SPD. Köln, 22. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Im Kölner Rathaus tagte am Sonnabend und Sonntag eine stark besuchte Konferenz der Exekutive der Zweiten Internationale, die außerordentlich weitgehende Beschlüsse faßte. Im wesentlichen wurden organisatorische und taktische Fragen besprochen, die sich auf die Absichten bezogen, eine Weltkonferenz aller sozialistischen Parteien einzuberufen. Man beschloß nach langer Erörterung, in die Neunerkommission die Genossen Wels-Deutschland, Macdonald-England und Wauters-Belgien zu delegieren. Die Neunerkommission soll bald in Berlin zusammentreten. Ferner wurde über die Pläne, eine Sozialisten-Konferenz nach dem Haag, zur Zeit der dort tagenden Sachverständigen-Konferenz, einzuberufen, verhandelt. Einmütig war man der Auffassung, daß eine solche Zusammenkunft nur Weg und Ziel haben könne, wenn sie gemeinschaftlich mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erfolgt. Macdonald berichtete über die Brüsseler Konferenz der Sozialisten Frankreichs, Englands und Belgiens, die sich gegen das Recht irgendeiner Macht wandte, gegen ein im Rückstand bleibendes Deutschland Sanktionen auszuüben. Erschütternde Bilder von der Lage ihrer eigenen Länder gaben armenische Delegierte und der ungarische Genosse Buchinger. Die Armenier wiesen darauf hin, daß durch das Bündnis Sowjet-Rußlands mit den Kemalisten die armenische Bevölkerung vollkommen der Willkür der Fürsten ausgeliefert worden sei, und sie ersuchten, sich auch ihrer Interessen energisch anzunehmen. Buchinger legte ein Memorandum vor, worin die terroristischen Akte der Horthy-Armee gebrandmarkt und der schwer um die Befestigung der Demokratie ringenden ungarischen Sozialdemokratie wärmste Sympathie ausgesprochen wird. Zum Schluß der Konferenz kam es zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Einheit des Deutschen Reiches. Genosse Wels legt in längerer Rede die Absichten der französischen Imperialisten und ihrer sonderbündlerischen Bestrebungen dar und betonte, daß diese Bestrebungen darauf hinauslaufen, die politische und wirtschaftliche Einheit der deutschen Republik zu zerreißen. Wenn sie auch von der Arbeiterschaft aufs schärfste zurückgewiesen würden, so äfnden sie doch bei der agrarischen Bevölkerung des Rheinlandes Eingang, weil man ihr Steuerbefreiung und Entlastung von den Reparationsverpflichtungen verspricht. Diese Agitation erschwere aber überaus den Kampf der deutschen Sozialdemokratie für Demokratie und Republik. Diese Gewaltmaßregeln im Rheinland stärkten die deutschnationalen Chauvinisten im Inlande und erschweren die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen. Wels forderte am Schlusse die Delegierten der Internationale auf, überall in diesem Sinne zu wirken, damit die Einheit des Deutschen Reiches gewährleistet bleibe. Sie dürften sich dem Notschrei der Rheinbevölkerung und insbesondere der rheinischen Arbeiterschaft nicht verschließen.

Die Ausführungen Wels fanden allgemeine Zustimmung und Billigung. In einer kurzen Erwiderung erklärte der Sekretär der Zweiten Internationale, Huysmans, daß Deutschland keineswegs unter der Politik leiden dürfe, die während des Krieges Belgien gegenüber beliebt worden sei. Noch heute müßten die flämischen Sozialisten bei ihren Bestrebungen unter den Folgen dieser Lostrennungspolitik leiden. Die französischen und belgischen Sozialisten haben das größte Interesse an der Erhaltung der deutschen Einheit und werden sich, wo sie nur können, gegen eine Zerreißung wehren. Die belgischen Sozialisten beabsichtigen, Delegierte nach dem besetzten Gebiet zu entsenden, um die sonderbündlerischen Bestrebungen an Ort und Stelle zu untersuchen. Sie werden auch die französischen Sozialisten zur Teilnahme auffordern.

Mittags gegen 1 Uhr war die Konferenz beendet. Ihre Beschlüsse werden sich zunächst auf der Berliner Tagung der Neunerkommission auswirken.

Brot und Zucker.

Dr. L. Lübeck, 23. Mai.

Viel spricht man von deutscher Not. Wo ist sie? Diese Frage stellte in diesen Tagen in einem überfüllten D-Zug ein Deutsch-Amerikaner.

Und keiner der Mitreisenden wußte ihm eine richtige Antwort zu geben. Allzu sehr hätte die ganze Umgebung jedes Sprechen von Deutschlands Notlage Lügen gestraft. Ueberfüllte Eisenbahnabteils aller Klassen tragen Tausende in alle Luxusurorte. Die Hotels und die Pensionen nehmen Tagespreise, die dem Wochenverdienst eines Arbeiters gleichkommen. Und auf Wochen hinaus ist kein einziges Zimmer mehr frei. In den Kurgärten der Badestädte wogt vom frühen Morgen bis zum späten Abend eine elegante Menge auf und ab; unter den verklingenden Wellen der Musikkapellen wird stets neue Toilettenpracht bis zum Ueberdruß zur Schau getragen. Die aufkommende Langeweile aber bekämpft man in den vornehmen Erfrischungsräumen mit Schlagsahne und teuren Likören.

Staunend steht der Ausländer vor dieser Verschwendung, vor diesem Ueberfluß. Ist das Deutschlands Not? Und auch der Deutsche, der mehr kennt von seinem Volk als das Badeleben, bleibt staunend stehen. Ist es möglich, daß hier fette Schieberweiber aus Langerweile Schlagsahne hinunterwürgen, während in den Arbeitervierteln der Industriestädte Proletarierkinder nur noch Magermilch bekommen können? Ist es möglich, daß in Gebäck und Likör ungeheure Zuckermengen vergeudet werden, während deutsche Hausfrauen überhaupt keinen Zucker mehr kaufen können? Wer angesichts dieser Ungerechtigkeit nicht jeden Glauben an die Menschheit verliert, wer nicht in wildem Ingrimm die Fäuste ballt über die wilde Genußgier einer kleinen Schicht Großverdiener, Schieber, Wucherer, Spekulanten, der hat allen Sinn für Menschlichkeit verloren, der hat kein Herz im Leibe. Millionen von Arbeitern stehen Tag für Tag in härtester Fron, leiden die schwersten Entbehrungen mit Weib und Kind, nur damit einige Nichtstuer im Luxus plantschen können wie Lurche im Schlamm. Wie lange noch wird das Volk zusehen? Wie lange noch die Regierung?

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung die Ernährungslage Deutschlands besprochen. Die **Brotversorgung im kommenden Jahr** und die **Zuckerknappheit** standen zur Debatte. An eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft des Brotgetreides ist ja nicht mehr zu denken. Der ganze dazu nötige technische Apparat ist längst abgebaut. Und der gebliebene Rest, die Umlage, wird von der Landwirtschaft so erbittert bekämpft, daß auch sein Verschwinden nur noch eine Frage der Zeit ist. Erst gab die Regierung der Landwirtschaft den kleinen Finger; heute hat sie längst die ganze Hand.

Mit vielem Geschrei fordern die Agrarier für ihr Getreide Weltmarktpreise. Sie wollen an dem Steigen des Dollars, an dem Sinken der Mark auch ihren Anteil nehmen. In verbrecherischer Kurzsichtigkeit übersehen sie die verhängnisvollen Folgen einer solchen Preispolitik für die deutsche Wirtschaft. Wenn alle lebenswichtigen Nahrungsmittel in Deutschland den Auslandspreis erreicht haben, so werden auch alle anderen Waren sehr bald auf die gleiche Preishöhe klettern. Und wie sollen wir dann, bei der heutigen Transportnot, konkurrieren können? Unsre ganze Exportindustrie wird dann langsam den Atem verlieren; die andere Industrie wird gleichzeitig leiden; und die Arbeitslosigkeit wird wieder anschwellen wie in der ersten Nachkriegszeit. Die Großlandwirte allerdings werden neue Millionen einscheffeln, und auch die Kapitalisten und Devisenjäger werden ihr goldenes Schäfchen in den Stall gejagt haben. Nur die Proletarier werden den Hungergürtel wiederumschnallen können; die Löhne werden im Existenzkampf der Arbeitsuchenden wie Wasser zerrinnen; Millionen Arbeitslose werden auf der Strecke bleiben, als Opfer kapitalistischen Gewinnes und bürgerlichen Volksverrats. Seit Jahren warnt die Sozialdemokratie; vergebens. Aus Rücksicht auf ihre Geldgeber fiel eine bürgerliche Partei nach der andern um.

Wie lange noch werden diese Parteien von Proletariern unterstützt werden? Wie lange noch werden Beamte und Angestellte ihren eigenen Verderbern nachlaufen?

Wenn nicht ganz energische Maßnahmen es verhindern, werden wir mit dem Getreide dasselbe erleben wie mit dem Zucker. Die Preispolitik der Zuckerkartelle hat eine solche Knappheit verursacht, daß überhaupt kein Zucker mehr zu haben ist. In großen Mengen wurde der Zucker ins Ausland verschoben. Und jetzt muß die Regierung die Grenze öffnen, damit der Zucker aus dem Ausland — zu Valutapreisen — wieder hereinkommen kann. Und das Schönste: Fabrikanten und Großhändler wälzen die Schuld auf die Kleinhändler. In Wirklichkeit stecken die Kartelle mit den Großhändlern unter einer Decke und gemeinsam betreiben sie Zuckerwucher und Zuckerverschiebung in größtem Maßstabe.

Krise?

Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichkanzlers zusammen, um den Bericht der Genuadelegierten entgegenzunehmen. In der gestrigen Sitzung, die bis in den späten Nachmittag hinein dauerte, wurde man sich noch nicht über den Termin schlüssig, an dem der Reichskanzler im Auswärtigen Ausschuß in einer Konferenz mit den Parteiführern und im Reichstage Mitteilungen über die Konferenz machen wird. Die Sitzung wird heute vormittag 10 Uhr fortgesetzt.

Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß es noch nicht sicher ist, ob Reichsfinanzminister Dr. Hermes bereits in dieser Woche nach Berlin zurückkommt, um dem Kabinett über den Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission Bericht zu erstatten.

Von gutunterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß innerhalb der Regierung ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wirth billige die Richtlinien, die Hermes bei seinen Pariser Abmachungn leiten, nicht völlig. Hinter Hermes stehe aber die Deutsche Volkspartei und auch ein Teil des Zentrums, sodaß ernste Komplikationen zu befürchten sind.

Wir hoffen, daß unsere Fraktion sich mit ihrem ganzen Gewicht hinter Wirth stellen wird. Denn nichts wäre törichter und gefährlicher, als eine Schwächung der Position Wirths, schon jetzt, wenige Tage nach Genua. Das an sich schon reichlich problematische Ergebnis der Genueser Konferenz würde dadurch moralisch zu einem Nichts herabgedrückt.

Der süddeutsche Metallarbeiterkampf beendigt.

SPD. München, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Im süddeutschen Metallarbeiterstreik ist nach 8tägigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht ohne das Verdienst der bayerischen Regierung ein neuer Tarifentwurf zustande gekommen. Heute und morgen finden die Urabstimmungen über das Ergebnis statt. Für Freitag rechnet man mit der Wiederarbeitaufnahme der Arbeit. Der Tarifentwurf besagt:

In allen Betrieben bleibt die bisherige wöchentliche Arbeitszeit bestehen. Wenn die Betriebsleitung es für notwendig erachtet, ist nach vorheriger Verständigung des Arbeiterrates die Arbeitszeit auf 48 Stunden zu verlängern. Für diesen beiden Stunden ist dann ein Zuschlag zu zahlen. Der Stundenlohn für über 25 Jahre alte Facharbeiter beträgt ab 13. Mai in Ortsklasse 1 21 Mark, für angelernte Arbeiter 20 Mk., für ungelernte Arbeiter 19,80 Mk., für Arbeiterinnen 13 Mk. und 12,80 Mark. In Ortsklasse 2 verringern sich die Beträge um 40 Pfg., bei den Arbeitern, um 20 Pfg. bei den Arbeiterinnen. Die sozialen Zulagen bleiben bestehen. Die Basis für Akkordlöhne beträgt für Facharbeiter in Ortsklasse 1: 23 Mk., in Ortsklasse 2: 22,60 Mk. Urlaub erhält jeder Arbeiter oder Arbeiterin nach dem vollendeten ersten Dienstjahr im gleichen Betrieb drei Werktage, gestaffelt bis zu zwölf Werktagen, die nach dem 15. Dienstjahr gewährt werden. Die Annahme des Entwurfs kann als gesichert gelten.

Konflikt der Metallarbeiter im Frankfurter Gebiet.

Frankfurt a. M., 22. Mai.

Bei den heutigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Verbande der Metallindustriellen für Hessen-Nassau, Hessen und die angrenzenden Gebiete wurden die Vorschläge der Arbeitgeber von den Gewerkschaften abgelehnt. Das bedeutet die Aussperrung von über 40 000 Metallarbeitern im Bezirk Frankfurt, wozu noch Offenbach, Hanau, Darmstadt usw. gehören. Die Aussperrung tritt heute abend bezw. morgen früh in Kraft.

Einheitsfront der Reichsbahner.

Die Vorstände des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Reichsgewerkschaft schreiben uns:

„In der letzten Zeit sind zwischen diesen beiden Vorständen Verhandlungen zur Errichtung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront geführt worden. Beide haben sich bereit erklärt, die gegenseitige Bekämpfung aufzugeben und in der Gemaßregeltenfrage, sowie auf dem Gebiete der Neuordnung der Rechts-, Arbeits- und Besoldungsverhältnisse fernerhin gemeinsam vorzugehen. Das künftige Zusammenarbeiten soll durch eine entsprechende Vereinbarung gesichert werden. Alle in der Presse verbreiteten Mitteilungen über angebliche Bedingungen in der Frage der aus dem DEV. ausgeschlossenen Mitglieder und der Gehalts- und Lohnpolitik sind haltlose Gerüchte."

Dollarhausse.

Berlin, 22. Mai.

Der Devisenmarkt setzte bei Wochenbeginn wieder mit sehr fester Tendenz ein. Es scheint die Baissespekulation durch die Kurssteigerung der letzten Woche einigermaßen ins Gedränge gekommen zu sein, sodaß sie jetzt schnellstens Deckungskäufe vornehmen muß. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 312 gehandelt. Am Effektenmarkt ist das Geschäft im allgemeinen außerordentlich gering. Lebhafte Hausse fand nur in ungarischen Goldrenten von türkischen Werten statt, doch handelt es sich hiebei weniger um tatsächlich begründete Bewegungen als vielmehr um spekulative Treibereien. Amtlich notierten: Kabel Neuyork 313,75, London 1395, Holland 12-125.

Ist dem Volk in seiner Not zu helfen? Solange so große Volksteile in politischer Dummheit weiterschnarchen, wird es dem arbeitenden Volke niemals besser gehen. Der einzelne wird durch Schaden klug; die Völker im ganzen sind in breiten Schichten durch Schaden bisher immer dümmer geworden. Aber einmal wird auch dem Schläfrigsten ein kleines Licht durch die Finsternis seines Krieger- oder Kegelvereins leuchten!

Reichstag.

216. Sitzung.

Montag, 22. Mai, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zwei Interpellationen von Lersner (DVP.) und Hergt (DNP.), betreffend Veröffentlichung des Materials zur Aufklärung der Schuldfrage am Weltkrieg. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß die Interpellationen in der nächsten Zeit beantwortet werden.

Der Gesetzentwurf über die Verteilung des Gewinnes der Reichsbank für das Jahr 1921, wonach von dem Gewinn vorweg ein Betrag von 500 Millionen an das Reich abgeführt werden soll, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Versorgung mit Brotgetreide.

Reichsernährungsminister Fehr geht mit einigen Worten auf die bisherige Debatte ein: Es handelt sich darum, einen Teil des Brotgetreides in die Hand zu bekommen. Man kann dieses Verfahren nennen, wie man will, auf das Wort kommt es nicht an, sondern auf die Sache. Der Preis kann natürlich nicht der volle Marktpreis sein. Der Gedanke der Erhebung einer Steuer zur Durchführung der Brotverbilligung ist nicht ohne Bedenken. Das Problem der Einschränkung der Versorgung auf die Minderbemittelten ist im Augenblick undurchführbar, da alle Unterlagen fehlen. Doch wäre daran zu denken, daß die Minderbemittelten sich selbst melden und die Zulassung zum Markenbrot auf Grund der Steuerzahlen erfolgt. Ebenfalls ist ein Referentenentwurf mit den Vertretern der Länder bereits durchberaten. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat sich für die Sicherstellung einer bestimmten Menge Brotgetreide verbürgt. Ich schätze das Wort der Landwirtschaft sehr hoch ein. Aber es ist doch die Frage, ob die Organisation der Landwirtschaft ihr Versprechen ohne gesetzliche Hilfe verwirklichen kann. Die Versorgung der Saarbevölkerung mit deutschem Getreide muß natürlich gesichert werden. An einen Zollschutz habe ich nicht gedacht. Stadt und Land müssen zusammenstehen.

Hammer (DNV.) geht noch einmal auf die Zuckerfrage ein. Die Verhältnisse auf dem Zuckermarkt sind ein wahrer Skandal. Solche Zustände sind seit Jahren nicht dagewesen. Nicht einmal für die Säuglinge ist Zucker vorhanden. Im letzten Jahre sind 25 % mehr Zucker, im ganzen 22 Millionen Zentner Verbrauchszucker erzeugt worden. Aber in diesem Jahre kommt auf den Kopf der Bevölkerung pro Woche noch nicht einmal ein halbes Pfund. Dabei ist Zucker an gewissen Stellen genug vorhanden. Es sind noch Millionen Zentner Zucker da, die verteilt werden müssen, aber nicht an Schokoladen- und Likörfabriken. Nicht der Kleinhandel verteuert den Zucker, sondern der Großhandel.

Dr. Moses (USP.): Für die Förderung der Ernährungswissenschaft gibt man im Ausland mehr Geld her als bei uns. Bei uns beträgt der Jahresbetrag zur Förderung der Ernährungswissenschaft 500 000 Mark. Für tausend unnütze Dinge wird dagegen das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Angeblich soll auch das Hilfswerk der Landwirtschaft sich mehr für die Förderung der Ernährungswissenschaft interessieren. Wir fragen den Minister, ob ihm irgend etwas bekannt ist von einer Spende der Landwirtschaft zur Förderung der Ernährungswissenschaft. Ueber dem Problem der Unterernährung wird bei uns das Problem der unzweckmäßigen Ernährung vergessen.

Nach weiteren polemischen Bemerkungen für und wider die Umlage erklärt Koch (Soz.), die Gegner der Umlage möchten doch endlich einmal praktische Vorschläge zur Sicherstellung der Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung machen. Bisher habe man nur Phantasiereien vernommen, die praktisch unmöglich seien.

Damit ist der Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erledigt. Die Abstimmung über die vorliegenden Entschließungen wird vorläufig ausgesetzt.

Es folgt die Beratung des Haushalts des

Reichswirtschaftsministerium.

Der Ausschuß hat vorgeschlagen, eine Reihe von Beamtenstellen zu streichen und eine große Anzahl von Einzelpositionen zu verkleinern. Ferner liegen Ausschußentschließungen vor, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Ministerialrat mit der ausschließlichen Bearbeitung der Handwerkerangelegenheiten und des gewerblichen Genossenschaftswesens zu betrauen, das Reichsschiedsvermittlungsamt mit der Abteilung „Wasserstraßen" zu streichen, das Reichsverkehrsministerium zusammenzulegen, Entschädigungsverfahren beim Reichswirtschaftsgericht zu beschleunigen. Die Delegiertenstellen des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung sollen bis auf weiteres beibehalten werden. Schließlich wird die Regierung ersucht, auf eine Steigerung der Kohlenproduktion, auf schnelles Abtransportieren von Kohle und Koks, auf eine Aufhäufung der Kohlen- und Koksvorräte in Süddeutschland und auf Verbesserung der Qualität der Kohle hinzuarbeiten.

Mit der Beratung des Haushalts wird die Interpellation Dr. Peiersen (DDP.) über den Verkehr von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet verbunden.

Nach dem Berichterstatter Dr. Rießer (DVP.)) gibt der Reichswirtschaftsminister

Genosse Robert Schmidt zunächst einen Ueberblick über die Aufgaben des Ministeriums im vergangenen Jahre: Die in diesem Jahr einsetzende Preisgestaltung ging in steigender Kurve aufwärts. Durch gesetzliche Maßnahmen kann die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung nicht genügend beeinflußt werden. Wir haben noch immer einen Mangel an Nahrungsmitteln, an Rohstoffen und auch an Fertigfabrikaten. Dazu kommt noch der Einfluß der Wirtschaftskrise. Wir haben uns bemüht, die Kaufkraft der Mark im Inlande nicht in demselben Maße sinken zu lassen, wie im Auslande. Es ist nichts törichter als die Auffassung: Wir müssen an die Weltmarktpreise heran. Wir müssen die Kaufkraft der Mark im Innern noch weiter senken. In dem Augenblick, wo die Auslandspreise an die Weltmarktpreise erreicht sind, ist die Konkurrenzfähigkeit unseres Handels und unserer Industrie auf dem Weltmarkt erledigt. Von gesetzlichen Maßnahmen gegen Auswüchse des Kartellwesens hat das Ministerium vorläufig abgesehen. Zusammen mit den Spitzenverbänden der Industrie usw. hat es eine Beschwerdestelle eingerichtet. Wir können die Ausfuhrkontrolle noch nicht entbehren. Wo es möglich ist, müssen wir aber unsere Ausfuhr steigern. In Genua ist ein einheitliches Zolltarifschema zustande geformen. Wir haben die Aufhebung der Versailler Bestimmungen verlangt, wonach wir den Entente-Staaten die Meistbegünstigung einräumen müssen. Bedeutende Vertreter der Entente-Staaten haben unsere Forderung auch anerkannt. (Der Minister gibt nähere Auskunft über die schwebenden Verhandlungen.) Unsere Einfuhr in Mitte vorigen Jahres monatlich um 15 Milliarden höher gewesen als die Ausfuhr. Die wilden Spekulationen zwangen zum Erlaß des Devisengesetzes vom 2. Februar 1922. Das Gesetz wurde ohne weiteres durchgeführt. Durch die Forderungen der Entente haben wir mit einer weiteren Störung unserer Kohlenversorgung zu rechnen. Die an Polen abgetretene Industrie wird für uns verloren sein. Sie wird sich ostwärts orientieren. Wir müssen die Erhöhung unserer Kohlenproduktion mit allen Mitteln erstreben. Neue Bergwerke müssen entstehen und die übrigen müssen technisch vervollkommnet werden. Wir müssen durch hohe Löhne und kurze Arbeitszeit im Bergbau einen Ausgleich für die harte und gefahrvolle Arbeit schaffen. An der Lösung dieser Frage dürfen wir nicht zaghaft vorübergehen, wenn wir bei den Bergarbeitern die Arbeitsfreude wecken wollen. Der Kalibergbau muß wieder zur Hochstleistung gebracht werden. Die Preise müssen sich in gewissen Grenzen halten. Die Preissteigerung auf dem Eisen- und Schrottenmarkt geht bis ins Hundertfache der Friedenspreise. Die Eisen- und Stahlpreise haben die Weltmarktspreise bereits erreicht. Der Abbau der Zwangswirtschaft und ihrer Organisationen hat weitere Fortschritte gemacht. Am 1. April 1921 betrug die Kopfzahl der meinem Ministerium unterstellten Kriegsgesellschaften 4358, am 1. Mai nur noch 950. Der Selbstverwaltungskörper der Papierfabrikanten beabsichtigt eine Differenzierung des Papierpreises zugunsten des Zeitungspapiers vorzunehmen. Es ist zu bezweifeln, daß seitens der Regierung nochmals allgemeine Mittel zur Verbilligung des Papierpreises bereitgestellt werden. Ich hoffe aber, daß seitens der Fabrikanten in irgendwelcher Form etwas geschehen kann. Im Interesse unserer Presse, besonders der kleinen Presse, halte ich es für unbedingt nötig, zu einer Preissenkung zu kommen. Die Förderung der Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes habe ich als wichtige Aufgabe angesehen. Es wird meine Sorge sein, einen Abstieg unserer Wirtschaftskurve mit allen seinen Folgen nach Möglichkeit abzulenken.

Hammer (DNP.) tritt für die Handwerker besonders ein. Durch den Rückgang der Kaufkraft ist das Kleingewerbe, vor allem das Kunsthandwerk, vor einer katastrophalen Lage. Die Aufrechterhaltung der Außenhandelsstellen liegt augenblicklich im Interesse des Handels.

Hoch (SD.): Die Mißstände, die sich heute als Kriegsfolge herausgebildet haben, sind bereits vom Vorredner erwähnt worden, aber die Ursachen hat der Vorredner verschwiegen. Als es galt, eine neue Wirtschaft aufzubauen, da hat man unsere Vorschläge auf Regelung der Wirtschaftslage abgelehnt. Damals waren es in der Sozialisierungskommission die Rechtsparteien, die unsere Anträge planmäßig abgelehnt haben. Damals hat man gesagt, die freie Wirtschaft wird die Kriegsfolgen beseitigen. Was wir heute freie Wirtschaft nennen, ist alles andere als freie Wirtschaft. Die heutige Wirtschaft ist weit unerfreulicher als es die Zwangswirtschaft während des Krieges war. Wer kann heute noch kalkulieren? Niemand! Wir sind heute abhängig vom Dollarkurs und können nicht aktiv in das Rad der Wirtschaft eingreifen. Daran haben in erster Linie die Kapitalisten Schuld. Gerade Sie (nach rechts) haben darauf hingearbeitet, daß die inneren Preise sich den Weltmarktpreisen näherten. Ich erinnere an die Wirtschaft mit Lebensmitteln und anderem. Sie haben es dahin getrieben, daß die Preise immer höher und höher wurden, ohne Rücksicht auf die Not der arbeitenden Bevölkerung. Das ist von Ihrer Partei vertreten worden. Heute treten Sie ganz genau so dafür ein. Wenn Sie für den Warenpreis nicht die Herstellungs-, sondern die Marktpreise annehmen wollen, dann unterstützen Sie damit den Wucher, den wir bekämpfen. Wenn man in dieser Notlage, in der wir uns befinden, sagt, man sollte die Warenpreise nach dem Marktpreis redigieren, so ist die Folge, daß auf hohe Marktpreise ein höheres Angebot, auf niedrigere ein niedrigeres Angebot erfolgt. Not und Elend ist in die weiten Kreise eingezogen. Gehen Sie einmal durch die Straßen und betrachten Sie die verhärmten und verhungerten Menschen. Lesen Sie einmal die Statistik des Gesundheitsamts. Der Abgeordnete Hammer hat sich auch gegen den schamlosen Wucher des Zuckerkartells ausgesprochen. Es wird der Tag kommen, wo dem Volke die Augen über diese schamlose Ausbeutung aufgehen werden. In dem Augenblick, wo wir die Weltmarktspreise erreichen, sind wir konkurrenzunfähig. Was muß dann geschehen, um uns vor einer katastrophalen Arbeitslosigkeit zu bewahren? Es wurde gesagt, die Arbeiter sollten 10 Stunden arbeiten, dadurch würde die Produktion gesteigert, und eine Folge davon wäre das Sinken der Preise. Aber so leicht geht das nicht. Man muß erst den Arbeitern den Beweis erbringen, daß durch den Achtstundentag weniger geschafft wird als durch den Zehnstundentag. Gerade der Achtstundentag war es, der den Arbeitern erst die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens gibt, und die Arbeiterschaft wird sich diese revolutionäre Errungenschaft, eine der wenigen, nicht nehmen lassen. Die Löhne sind der Teuerung nie angemessen gewesen. Gewinn aus der Teuerung haben bisher nur die Kapitalisten gehabt. Man kann es den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie das Opfer nicht bringen wollen, 10 Stunden am Tage zu arbeiten, damit die Kapitalisten noch mehr Gewinne erzielen. Die Herren, die so sehr nach dem Zehnstundentag schreien, vergessen ganz, daß bei der heutigen Ernährung der Arbeiterschaft eine Mehrarbeit in vielen Fällen nicht zugetraut werden kann. Ganze Arbeiterschichten können einfach nicht länger arbeiten. Der Körper ist zu schlecht ernährt. Das können sich vor allen Dingen die Deutschnationalen gesagt sein lassen, die die Landwirtschaft aufputschen zum Lieferstreik. Die Gewinnraserei, die Schieberei, die Valutaspekulation sind Triebfedern in der heutigen Wirtschaft. In diese Anarchie muß eingegriffen werden. Wir rufen dem Reichswirtschaftsministerium zu: Front und Kampf mit allen Mitteln gegen die heutige Ausbeutungswirtschaft. Das Reichswirtschaftsministerium hat Gelegenheit und hat die Pflicht, vielmehr als bisher ein scharfes Wort anzuschlagen. Wenn der Reichswirtschaftsminister mit seinen Maßnahmen nicht durchdringen sollte, dann soll er nur ruhig in den Reichstag kommen. Wirtschaftsskandale gibt es ja heute an allen Ecken und Enden, Zuckerskandale, Kartoffelskandale, Holzskandale. Der Reichswirtschaftsminister darf nicht mehr länger zusehen, wie die Landesregierungen, um sich eine eigene Einnahmequelle zu verschaffen, in der Holzwirtschaft hausen. Die hohen Holzpreise schädigen die Interessen der Länder mehr, als die Gewinne wieder gut machen können. Die Papierfabriken müssen unter Kontrolle gestellt werden. Die Ausfuhr muß gesperrt werden. Wenn die Unternehmer der Papierfabriken hier und dort die Arbeiter zu törichten Resolutionen verleiten, so macht das auf uns gar keinen Eindruck. Jedes Kind weiß ja, wie solche Dinge gemacht werden. Da macht man die Arbeiter gruselig und gruselig mit der Schließung der Betriebe, um sie einzufangen. Nach dem Papier der Spiritus. Am 1. Mai wurde der Spirituspreis erhöht. Was geschah? Wer Geld genug hatte, brauchte nur bis zum 30. April feste einzuzahlen, und er bekam Spiritus zum alten, billigen Preis so viel er wollte. Und so geht die Gaunerei und Betrügerei am Staat weiter. Wir begrüßen durchaus die Erklärungen des Reichswirtschaftsministers und treten mit all unserer Kraft hinter ihn, um ihn zu unterstützen in dem so schweren Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie. Diese Anarchie stürzt uns, wenn nicht endlich mit eiserner Hand zwischen das Schieber- und Wuchertum hineingeschlagen wird. (Starker Beif. b. d. SD.)

Kniep (DDP.) verlangt eine Verbilligung des Zeitungsdruckpapiers und wünscht, daß für einen tüchtigen Nachwuchs gesorgt wird, der Deutschland auch zum kommenden wirtschaftlichen Aufschwung führen kann.

Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6½ Uhr.

Das italienische-serbische Dalmatien-Abkommen.

Rom, 22. Mai.

Die Unterzeichnung des in Santa Margerita zustandegekommenen Abkommens zwischen Italien und Jugoslawien steht unmittelbar bevor. Die erste Folge wird die Räumung der dritten dalmatinischen Zone sein. Für Zara ist eine besondere Zoll- und Verkehrssteuer an den Grenzen der slawischen Gebiete vorgesehen. Jugoslawien garantiert den ungehinderten Lebensmittelverkehr aus einer bestimmten Zone seines Gebietes nach Zara. Für Fiume wird eine besondere Kommission innerhalb eines Monats einen vollständigen Plan zur Erledigung der noch unerledigten Fragen vorlegen. Die beiden Regierungen verpflichten sich, diese Vorschläge anzunehmen.

Der russische Hunger.

Falsche Gerüchte.

Angesichts verschiedener immer wiederholter Pressemeldungen über angebliches Nichteintreffen der vom Ausland gesandten Hilfsmitteln in den Hungergebieten und deren Beschlagnahme zugunsten der Roten Armee, sowie der Behauptung, die von Dr. Nansen verbreiteten Photographien des Menschenelends seien Fälschungen und seinerzeit in Syrien aufgenommen, bittet Herr Nansen in einem Rundschreiben um Verbreitung einer kategorischen Zurückweisung aller derartiger Falschmeldungen. Nansen erklärt, daß alle durch ihn der Oeffentlichkeit zugänglich gemachten Photographien im Wolga-Hungergebiet aufgenommen wurden, zum größten Teil von ihm selbst. Entgegen der Behauptung, daß elf Lebensmittelwaggons des Schwedischen Roten Kreuzes durch die Sowjetregierung für die Rote Armee zurückgehalten worden seien, meldet ein Telegramm aus Stockholm, daß diese Nachricht frei erfunden ist, und daß die Transporte des Schwedischen Roten Kreuzes in Rußland zu dessen voller Zufriedenheit ausgeführt werden. Die in Riga mit Plompen versehenen Waggons werden auf der Fahrt bis zu ihrem Bestimmungsorte von Beauftragten Nansens überwacht, und ihr Inhalt wird bei der Ankunft in Samara nochmals kontrolliert, ehe die Verteilung durch die 20 Mitglieder der schwedischen Mission erfolgt.

Die amerikanische Hilfsmission dementiert ebenso energisch das Gerücht, daß ihre Lebensmittel-Depots geplündert und ihre Mitglieder in Samara von den Hungernden getötet, ihre Leichen verzehrt worden seien. Ein telegraphischer Bericht meldet im Gegenteil, daß sowohl die russischen Beamten als auch die Bevölkerung selbst auf das Sorgfältigste die amerikanischen Depots respektieren, und daß die Sicherheit des amerikanischen Personals vollkommen gewährleistet sei.

Nach den eigenen Erfahrungen der Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes können diese Meldungen in vollem Umfang bestätigt werden. Es ist kein einziger Fall von Diebstahl oder Beraubung bekannt geworden.

Der Kohlenverbrauch der Besatzungstruppen.

SPD. Berlin, 22. Mai.

Die Kohlenknappheit, die insbesondere durch das Abkommen von Spaa bedingt ist, hat sich im vergangenen strengen Winter in den weitesten Kreisen der Bevölkerung fühlbar gemacht. Die Kohlenbewirtschaftung ist streng geregelt, und es sollen auf jeden Haushalt, der im Durchschnitt auf 4 Personen gerechnet ist, im Jahre 40 Zentner Kohlen kommen. Nur in den wenigsten Fällen konnte dieses Liefersoll erreicht werden, sodaß sich die Mehrzahl der Familien mit etwa 50 % der vorhergesehenen Mengen behelfen mußten. Demgegenüber erhalten die Angehörigen der Besatzungsgruppen ganz erheblich größere Brennstoffmengen. In der französischen Zone stehen dem ledigen Offizier, der zwei Zimmer inne hat, im Monat sechs Zentner Kohlen zu und dem verheirateten Offizier mit 2 Zimmern sind sogar 10 Zentner und für jedes weitere Zimmer 3 Zentner monatlich zu liefern, dazu kommen für die Küche 7 Zentner und für ein Burschenzimmer 1 Zentner Kohlen im Monat. In den Besatzungszonen der anderen fremden Mächte sind die vorgeschriebenen Mengen ähnlich. Diese Kohlenmengen müssen voll zur Auslieferung gelangen, da im besetzten Gebiet die militärischen Befehle durchgeführt werden müssen.

Nach einer genauen Statistik wurden vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1921 zum Verbrauch durch die Besatzung 284 539 Tonnen Kohlen im Werte von 100 101 490 Mark geliefert. Das ergibt bei einer durchschnittlichen Besatzungsstärke des Jahres 1921 von 135 844 Mann eine Lieferung von zwei Tonnen = 40 Zentner auf den Kopf der Besatzung. Das ist soviel wie eine deutsche Familie planmäßig erhalten sollte. Berechnet man aus den oben genannten vorgeschriebenen Kohlenmengen die Brennstoffmenge, die einem Angehörigen der Besatzungsarmee, der eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche inne hat, zur Verfügung steht, so kommt man auf rund 10 Tonnen im Jahre. Diese 200 Zentner sind das Fünffache von dem, was eine deutsche Familie bekommen sollte und sogar das zehnfache dessen, was sie infolge des Kohlenmangels in den meisten Fällen nur erhält. Diese befohlene enorme Ueberbelieferung mit Kohlen zeigt auch folgende Gegenüberstellung: Auf einen Soldaten des Besatzungsheeres, der mit 10 Kameraden im selben Zimmer liegt, kommen genau soviel Brennstoffe — nämlich 40 Zentner — wie auf einen deutschen Haushalt von vier Personen, der in 2—3 Zimmern mit Küche wohnt, zwar erhalten sollte, aber, wie oben gesagt, tatsächlich nicht erhält.

Daß diese sinnlose Ueberbelieferung mit Kohlen der Besatzungstruppen große Erbitterung bei der Bevölkerung des besetzten Gebietes, die in jeder Beziehung durch die Besatzung schwer leidet — sind doch allein 53 316 Räume in Privathäusern beschlagnahmt, — hervorrufen muß, liegt klar auf der Hand. Es sind zwar von den maßgebenden deutschen Stellen unter Hinweis auf die Notlage der Bevölkerung oft und energisch Vorstellungen gegen diese ungeheueren Anforderungen erhoben worden, bislang aber ohne den geringsten Erfolg. Die Rheinlandkommission behauptet zwar immer wieder, daß ihr das Wohl der rheinischen Bevölkerung am Herzen liege, aber noch niemals hat sie die Phrase zur Wahrheit gemacht.

Vielleicht tragen die vorstehenden Darlegungen dazu bei, daß wenigstens auf dem Gebiete der Brennstoffversorgung einmal die Rheinlandkommission ihren Worten auch Taten erfolgen läßt.

Bundeskanzler a. D. Mayr gestorben. Aus Linz wird gemeldet, daß der ehemalige Bundeskanzler Mayr einem Schlaganfall erlegen ist.

Bundesrat und Reichsrat.

Eine verfassungspolitische Betrachtung.

Der Reichsrat ist als Nachfolger des in der alten Verfassung vorgesehenen Bundesrates zu betrachten. Er ist wie der frühere Bundesrat ein Organ der einzelstaatlichen Regierungen. War aber der frühere Bundesrat der eigentliche Träger der Reichsgewalt, so spielt der heutige Reichsrat eine ziemlich bedeutungslose Rolle. Heute ist, wie es dem Geiste der Demokratie entspricht, der Reichstag der Träger der Reichsoewalt.

In seiner äußeren Zusammensetzung unterscheidet sich der Reichsrat nicht wesentlich vom Bundesrate. Die einzelnen Staaten werden wie schon früher durch Mitglieder der einzelnen Regierungen, meist durch Ministerialbeamte, vertreten. Die Anzahl der Vertreter, die jede einzelne Regirung zu stellen hat, richtet sich nach der Einwohnerzahl der betreffenden Länder, mit der Einschränkung, daß kein Staat mehr als zwei Fünftel sämtlicher Stimmen beanspruchen darf. Ein äußerer Unterschied zwischen Reichsrat und Bundesat besteht darin, daß die Stimmenzahl nicht wie im Bundesrat verfassungsmäßig festgesetzt ist, sondern sich mit derEinwohnerzahl verändert. Für den Reichsrat ist weiterhin die Bestimmung neu, daß die Hälfte der preußischen Stimmen von Vertretern der preußischen Provinzialverwaltungen bestellt werden müssen.

Schon bedeutungsvoller ist die Tatsache, daß die Vorherrschaft Preußens, die es dank wichtiger Sonderrechte im ehemaligen Bundesrate innehatte, durch Abschaffung der preußischen Sonderrechte beseitigt worden ist. Diese Sonderstellung Preußens bestand darin, daß gegen seinen Willen keine Verfassungsänderung möglich war, daß Preußen bei einer Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen (über Militärwesen, Zoll- und Steuerabgaben) allein entscheiden konnte, und daß die preußische Präsidialstimme im Bundesrate bei Stimmengleichheit den Ausschlag geben durfte. Durch die Anzahl seiner Stimmen und durch die Sonderrechte Preußens hat es einen solchen Einfluß auf die anderen Bundesratsmitglieder ausgeübt, daß tatsächlich gegen den Willen Preußens kein wichtiger Beschluß zustande kam. Da aber der Kaiser als König von Preußen die preußischen Stimmen in seiner Hand hatte, so wurde der Bundesrat letzten Endes von dem Willen des Kaisers beherrscht. Im jetzigen Reichsrat ist von einer Sonderstellung Preußens keine Rede mehr. Auch die preußische Präsidialstimme ist weggefallen. Mas Präsidium führt jetzt ein Mitglied der Reichsregierung, das aber kein Stimmrecht besitzt.

Den grundlegenden Unterschied zwischen dem ehemaligen Bundesrat und dem jetzigen Reichsrat erkennen wir erst, wenn wir die Befugnisse dieser beiden Körperschaften miteinander vergleichen. Bundesrat und Reichstag waren nach der alten Verfassung die Organe der Reichsgesetzgebung, wobei jedoch der Bundesrat ein tatsächliches Uebergewicht über den Reichstag hatte. Kam zum Beispiel bei Gesetzesbeschlüssen eine Einigung zwischen Bundesrat und Reichstag nicht zustande und wurde ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz vom Bundesrat abgelehnt, so hatte der Reichstag keinerlei Einspruchsrecht gegen die Entscheidung des Bundesrates. Einer ablehnenden Haltung des Reichstages zu irgend einer Gesetzesvorlage stand der Bundesrat dagegen nicht schutzlos gegenüber, da er von seinem Recht, zusammen mit dem Kaiser die Auflösung des Reichstages zu veranlassen, Gebrauch machen konnte. Auch erhielten Gesetze, denen der Reichstag bereits zugestimmt hatte, ihre Gültigkeit (Sanktion) erst durch Zustimmung des Bundesrates. Das alles zeigt, daß Bundesrat und Reichstag nicht etwa gleichberechtigt waren, sondern daß der Bundesrat dem Reichstag tatsächlich übergeordnet war.

Nicht nur in der Reichsgesetzgebung, sondern auch in der Verwaltung des Reiches spielte der frühere Bundesrat eine entscheidende Rolle. Der Bundesrat hatte die zur Ausführung der Reichsgesetze notwendigen Verordnungen auszuarbeiten, beziehungsweise darüber zu beschließen. Zur Erklärung des Krieges (sofern kein Angriff auf Reichsgebiet erfolgte) sowie zum Abschluß von Verträgen mit fremden Mächten bedurfte es, soweit Gegenstände der Reichsgesetzgebung dadurch betroffen wurden, ebenfalls der Zustimmung des Bundesrats. In bestimmten Fällen fungierte der Bundesrat auch als Organ der Rechtspflege, nämlich bei Streitigkeiten, die zwischen einzelien Bundesstaaten gder innerhalb eines Bundesstaates bestanden. Endlich durfte der Bundesrat auch bei der Auswahl eines Teiles der obersten Reichsbeamten mitwirken.

Wir sehen also, daß die Befugnisse, die der Bundesrat in der Reichsgesetzgebung und auf anderen Gebieten des Staatslebens ausüben konnte, recht vielseitiger und bedeutender Natur waren. In dieser Beziehung ist der Reichsrat gar nicht im entferntesten mit seinem Vorgänger zu vergleichen. Der Reichsrat ist nach der neuen Verfassung als positiver Faktor der Reichsgesetzgebung ganz ausgeschaltet. Sein Einfluß beschränkt sich auf ein negatives Einspruchsrecht gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze. Selbst ein eventueller Einspruch des Reichsrats kann überwunden werden durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages oder durch einen Volksentscheid. Ueber die zur Durchführung der Gesetze notwendigen Verwaltungsvorschriften wird heute von der Reichsregierung beschlossen. Die Zustimmung des Reichsrats ist nur erforderlich, soweit die Ausführung der Reichsgesetze den Landesbehörden obliegt. Auch bei Verordnungen, welche die Grundsätze für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen festsetzen, kann der Reichsrat mitwirken. In den wichtigen Fragen der auswärtigen Politik, bei Abschluß von Verträgen, bei Kriegserklärungen ist der Reichsrat im Gegensatz zum früheren Bundesrat ausgeschaltet. Auch hat der Reichsrat keinen Einfluß auf irgendwelche Gebiete der Rechtspflege oder auf die Ernennung von Reichsbeamten.

Zusammenfassend können wir bei einem Vergleich des Reichsrates mit dem früheren Bundesrate feststellen:

1. Der Bundesrat war das Organ der einzelstaatlichen Regierungen. In ihm übte Preußen dank wichtiger Sonderrechte den entscheidenden Einfluß aus. Der Bundesrat war der eigentliche Träger der Reichsgewalt. Infolge seiner mannigfachen und bedeutenden Befugnisse spielte der Bundesrat in der Reichsgesetzgebung, in der Verwaltung und auf anderen Gebieten der Staatstätigkeit eine entscheidende Rolle.

2. Der Reichsrat ist wie der Bundesrat eine Körperschaft, die sich aus den Vertretern der einzelnen Landesregierungen zusammensetzt. Die Sonderstellung Preußens ist durch die Abschaffung der preußischen Vorrechte beseitigt. Die Befugnisse des Reichsrates sind geringfügig. In der Reichsgesetzgebung, der Reichsverwaltung und in den Fragen der auswärtigen Politik, sowie in allen anderen Angelegenheiten des staatlichen Lebens ist der Reichsrat ein fast bedeutungsloser Faktor.

Aus diesen Tatsachen heraus ist es erklärlich, daß man schon von verschiedener Seite — nicht nur von sozialistischer — an den Gedanken herangetreten ist, den Reichsrat zu beseitigen, da er sich doch nur als ein wenig bedeutender, höchstens kostspieliger und zeitraubender Apparat erweisen kann.

St.

Die stumme Republik.

(Abdruck aus der „Glocke", Heft 8.)

Von Hermann Wendel.

Als vor etlichen Monden in Leipzig gegen den kleinen Jagow wegen seines Morgenspazierganges zum Brandenburger Tor verhandelt wurde, fielen in der bunten Menge der Zeugen zwei ruhmlose Helden auf, Unteroffiziere der Marinebrigade Ehrhardt, die sich an jenem schicksalsschweren Märztag unter Berufung auf ihren der Verfassung geschworenen Eid weigerten, den Marsch gegen die Regierung mitzumachen; sie setzten dabei Kopf und Kragen aufs Spiel, denn gemeiniglich pflegte man in den Landknechtshaufen der Freiwilligenkorps nicht lange zu fackeln. Welche Ehrung lohnte die Wackeren und nutzte zugleich der Republik? Eine Kompagnie in Paradeausrüstung marschierte im Lustgarten vor dem Schloß auf; eine erwartungsvolle Menge drängte sich vo mReichskanzler und Reichswehrminister begleitet, näherte im Kreis herum. Das Auto des Reichspräsidenten fuhr vor, sich Ebert der Truppe, rief die beiden vor die Front und sprach mit weit vernehmbarer Stimme: „Meine Herren! Sie haben unter Gefahr für Leib und Leben der Verfassung die Treue gewahrt; Sie haben damit ein leuchtendes Beispiel gegeben; Sie haben sich um die Republik wohlverdient gemacht. Nehmen Sie den Dank des deutschen Volkes mit dem meinen entgegen!" Der Präsident drückt beiden die Hand; Befehl des kommandierenden Offiziers: Trommelwirbel, die Kompagnie präsentiert vor ihren Kameraden; manchem der Zuschauer werden die Augen naß. Schon am Tag danach rollt die Szene in allen Kinos über die Leinwand und wirbt durch die illustrierten Blätter in ganz Deutschland für die Republik.

Leider weiß man, daß das alles nicht so war, daß überhaupt nichts war; die beiden pflichttreuen und mutigen Maate bekamen ihre Zeugengebühr und verschwanden in der Masse, kein Hahn kräht nach ihnen und kein Mensch kennt ihre Namen, die von Rechts wegen die Kinder in der Schule auswendig lernen müßten. Und das ist ein Beispiel für viele, denn tausendmal versäumt es die Republik, durch sinnbildliche Handlungen, durch Geberde, Schwung und Farbe dem Gefühl jener breiten Schichten nahezukommen, die gar nicht einmal antirepublikanisch sind, aber Feiertagsbedürfnis haben und aufgerüttelt sein wollen. Als in der „Glocke" vor etlichen Monden mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit eines „Reklamechefs für die Republik" hingewiesen und auf die Schaffung einer amtlichen Zentralstelle gedrängt wurde, die die Miasmenherde der Verleumdungssümpfe auszutrocknen und durch geschickte Propaganda Tatsachen in die Köpfe zu hämmern hätte, kläfften alle Pinscher und Scherenschleifer der reaktionären Presse hinter der „Glocke" drein und spannten, da Wendels allerengste Beziehungen zur Reichsregierung bekannt sind und er sicherlich nichts ohne amtliche Fühlungnahme oder gar Zustimmung schreibt", den Artikel einen amtlichen Versuchsballon. Für Wissende braucht demgegenüber nicht unterstrichen zu werden, daß, wer an dieser Stelle schreibt, nur seiner eigenen Meinung folgt, aus keiner Amtsstube beraten und anscheinend auch in keiner Amtsstube gehört. Denn sonst wäre längst das Propagandaministerium da, nicht zuletzt mit der Aufgabe, am Gewande der Republik die Falten so malerisch zu ordnen, daß auch Auge und Herz des Unpolitischen auf ihre Kosten kommen.

Die polnische Sozialdemokratie gegen die kommunistische Einheitsfront.

Nach einer Meldung des sozialistischen „Naprzod" in Krakau hat der Oberste Parteirat der polnischen sozialistischen Partei (PPS.) beschlossen, sich für eine Autonomie derjenigen Teile Ostgaliziens einzusetzen, die in der Mehrheit von ukranischer Bevölkerung bewohnt werden. Das Autonomieprojekt müsse ein eigenes Parlament und eine autonome Landesverwaltung dieses Teiles Ostgaliziens vorsehen. Bisher ist bekanntlich Ostgalizien formalrechtlich noch gar kein Teil Polens, sondern nur mit stillschweigender Einwilligung der alliierten Mächte, die aber neuerdings wieder zweifelhaft geworden ist, von polnischen Truppen besetzt und von polnischen Beamten in Verwaltung genommen. Der Vorschlag der polnischen Sozialisten sucht eine Lösung, die Ostgalizien mit seiner ruthenischen Bevölkerungsmehrheit und mit seinen wertvollen Petroleumquellen dem polnischen Staate sichert und gleichzeitig gewisse beschränkte nationale Selbstbestimmung der Bevölkerungsmehrheit aus ruthenischen Bauern und Arbeitern vorsieht. Sowohl in ruthenischen Kreisen, wie bei der jetzigen polnischen Landtagsmehrheit dürfte der Plan auf Widerstand stoßen.

Außerdem faßte der Parteirat der polnischen Sozialisten einen bemerkenswerten Beschluß zur Frage der provisorischen Einheitsfront. Die polnische Partei spricht sich danach für eine Einheitsfront aus, die von den Parteien der jetzigen zweiten Internationale, den Parteien der Wiener Arbeitsgemeinschaft und denjenigen sozialistischen Parteien zu bilden wäre, die bisher wie die PPS., ferner die südslawischen Sozialisten, und vor allem auch die italienischen Sozialisten, außerhalb jeder bestehenden festen internationalen Organisation geblieben sind. **Ein Zusammengehen mit den Bolschewisten wird jedoch mit größter Schärfe abgelehnt,** da die Bolschewisten durch ihre Wirtschaftspolitik nicht nur in Widerspruch mit den kommunistischen Grundsätzen geraten, sondern auch die Schutzpatrone des ausländischen und inländischen Kapitals geworden seien. Diese Lage zwingt die Bolschewisten zu einer Abenteurerpolitik und ständiger Spekulation auf Kriegskonflikte. Die Agitation der Bolschewisten für die Einheitsfront sucht sie daher als Demagogie im Interesse der russischen Staatsmachthaber zurückzuweisen.

Landtagswahl in Waldeck.

Korbach, 22. Mai.

Bei den gestrigen Wahlen zum waldeckischen Landtag entfielen laut „Waldecker Landeszeitung" auf die Liste Bräutigam (Soz.) 3773, Liste Euler (Dem.) 2339, Liste Loos (USP.) 1330, Liste Waldschmidt (Landeswahlverband) 9064 und Liste Weinreich (Wirtschaftsvereinigung) 1587 Stimmen. Die Abgeordneten verteilen sich auf die verschiedenen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 4, Demokraten 2, Unabhängige Soz. 1, Landeswahlverband (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Landbund und Handwerkerbund) 9, Wirtschaftsvereinigung 1.

Diese Landtagswahlen lassen einen Vergleich mit früheren Wahlen nicht zu, weil inzwischen der Bezirk Pyrmont von dem kleinen Freistaat Waldeck sich abgelöst hat und Preußen angegliedert wurde. Bei den Wahlen 1919, die noch im ungeteilten Gebiet stattfanden, erhielten: Sozialdemokratie 8196 (7Mandate), Demokraten 5718 (4), Zentrum 769 (0), Deutsche Volkspartei 2355 (1), Deutschnationale 6265 (6), Waldeckischer Volksbund 3654 (3). Für die Parteien, die heute den Landeswahlverband bilden, wurden also damals 12 074 Stimmen abgegeben.

Oesterreichische Sänger in Berlin.

SPD. Berlin, 22. Mai.

Der Wiener Männergesangverein wurde am Montag Nachmittag vom Reichspräsidenten zu einem Tee empfangen. Anwesend waren außer den Wienern der Präsident des Reichstages, Genosse Löbe, als Vorsitzender des Oesterreich-Deutschen Volksbundes, der Oesterreistische Gesandte, die Reichs- und Staatsminister und Vertreter der Literatur, Kunst, Musik und Presse. Reichspräsident Genosse Ebert hielt folgende Ansprache:

„Es ist mir eine große Freude, Ihnen hier einen recht herzlichen Willkommengruß bieten zu können. Der Empfang, den Sie auf ihrer Reise durch Deutschland und gestern in Berlin gefunden haben, hat Ihnen gezeigt, daß mit Ihren Landsleuten das ganze deutsche Volk Sie freudig begrüßt. Der Wiener Männergesangverein steht nach seiner Geschichte und nach seinen hohen Leistungen in der ersten Reihe der deutschen Sänger. Er hat nicht nur für Wien und Oesterreich, sondern für die gesamte deutsche Sängerschaft in friedlichen Zeiten den Ruhm deutschen Männergesanges, den Klang deutschen Liedes weit in die Welt hinausgetragen. Schon deshalb begrüßen wir Sie nicht als Fremde. Wir bringen Ihnen von Herzen brüderliche Empfindungen entgegen und freuen uns, nun selbst zu hören, daß trotz der Nöte unserer schweren Zeit der Ruf des Wiener Männergesangvereins auch heute noch wohlbegründet ist und daß Ihre uns allen liebe Heimatstadt, der unsere Musik so viel Schönes verdankt, weiterhin ein Hort deutschen Geistes und edler Kunst ist. Wir wissen, wie sehr Ihre Kunst in Wien volkstümlich ist, daß sie nicht auf einsamen Gipfel thront, sondern ihre starken Wurzeln in den Massen des Volkes hat, Volk und Kunst stets im engsten Bunde waren.

Heute aber kämpfen das schöne lebensfrohe Wien und Oesterreich einen schweren Kampf. Groß ist die Not in Ihrer Heimat, auch wir ringen schwer um unser Dasein. Durch den Krieg und seine Folgen verarmt, gefesselt und mit Lasten überbürdet, sind unsere Schwesterrepubliken gehindert, ihre staatlichen Beziehungen so zu gestalten, wie es der Wille unserer Völker unzweifelhaft verlangt. Geblieben ist uns aber die Gewißheit untrennbarer Zusammengehörigkeit. Den Glauben an unsere gemeinsame Zukunft lassen wir uns nicht nehmen! Das gemeinsame Geschick muß unsere beiden Völker immer enger zusammenführen. Brüderlich wollen wir wie bisher einander helfen mit allen Kräften und unser gemeinsames köstliches Gut, unser Deutschtum, hochhalten. So danke ich Ihnen denn, meine Herren, daß Sie gekommen sind, und grüße in Ihnen Vertreter schönster deutscher Kunst, die Söhne des uns innig verbundenen österreichischen Brudervolkes. Möge Ihr Besuch das uns umschließende Band fester knüpfen und zeigen, daß wir als Träger deutscher Kultur, Arbeit und Kunst weiter zusammen den Weg gehen wollen, der durch das Dunkel der Gegenwart uns einer schöneren Zukunft entgegenführt."

Der Vorsitzende des Wiener Gesangverein, Dr. Krüfl, dankte dem Reichspräsidenten für die freundlichen Worte und gelobte aufs neue die Treue der Deutschösterreicher zum Deutschen Reich. Der Wunsch aller Deutschösterreicher sei, daß recht bald der Tag kommen möge, an dem die Vereinigung aller Deutschen in einem Staate, zur Tatsache werde.

Devisen-Kurse.

Berlin, 23. Mai.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		22. Mai.	21. Mai.
Amsterdam	100 fl.	12109.80	11685.35
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2581.75	2526.80.
Kristiania	100 Kr.	5694.85	5553.05
Kopenhagen	100 Kr.	6651.65	6411.95
Stockholm	100 Kr.	8064.90	7750.30
Helsingfors	100 finn. Mk.	645.15	621.20
Rom	100 Lire	1598.—	1557.05
London	1 £	1393.25	1344.30
New York	1 Doll.	313.35	303.12
Paris	100 Frs.	2821.45	2752.55
Zürich	100 Frs.	5967.50	5792.75
Madrid	100 Pesetas	4993.75	4798.95
Wien	100 K.	3.30½	3.00½
Prag	100 K.	589.25	573.75
Budapest	100 K.	36.55	36.45

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit. Tage	Std.
Angekommen am 22. Mai.						
D.		Gotland	Ellerbrok	Emden	2	
	S.	Lisa	Lasson	Göteborg	4	
D.		Annen	Brockmüller	Rotterdam	3	
D.		Helgoland	Brinkmann	Wartsala	3	
D.		Skirner	Hansen	Flensburg		16
	S.	Elbe	Liedorn	Aarhus	6	
Angekommen am 23. Mai.						
D.		Aegier	Holmberg	Helsingfors		65
D.		Pauline Haubus	Vorsatz	Stockholm	3¼	
D.		Hadicht	Sandersen	Odense		16

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

(2342

Ankerlin

Bester Schuhputz

gibt den schönsten Glanz, färbt nicht ab u. erhält das Leder.

Fr. Stoltze, Lübeck, Fallenplatz 1.

Heilanstalt Strecknitz.

Am **Himmelfahrtstage kein Besuchstag** und keine ärztliche Sprechstunde.
2353) **Die Direktion.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke anläßlich unserer silbernen Hochzeit danken herzlich (2347
Wilhelm Eck u. Frau Sophie geb. Hardt.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur silbernen Hochzeit, sowie den Mitarbeitern der L. M. G. danken herzlich (2338
W. Möller u. Frau.
Schwartau.

Heute morgen 5 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit unser geliebter Sohn und Bruder
Hermann
im zarten Alter von 10 Jahren. (2364
In tiefer Trauer
Wilh. Aulerich u. Frau, geb. Garling
nebst Geschwistern.
Stockelsdorf, 22.5.22
Beerdigung Freitag, dem 26. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Kapelle des Stockelsdorf. Friedhofes.

Am Sonntag, d. 21. Mai verstarb nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Urgroßvater
Johann Pott
im Alter von 68 Jahren. (2355
In tiefer Trauer
Katharine Pott,
Kinder
u. Angehörige.
Beerdigung am 24. 5., nachm. 3 Uhr von der Kapelle Stockelsdorf aus.

Sozialdem. Verein. Stockelsdorf.

Am Sonntag, d. 21. Mai, starb unser langjähriger Genosse (2360
Johann Pott.
Ehre seinem Andenken!
Abmarsch zur Beerdigung am Mittwoch, nachmittags 2¼ Uhr, vom Lokale O. Diedrichsen.
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verb. Zahlstelle Fackenburg.

Am Sonntag, d. 21. Mai, starb unser langjähriger Kollege
Johann Pott,
Hilfsarbeiter
im Alter von 68 Jahren.
Ehre (2361
seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Stockelsdorfer Friedhof statt.
Der Vorstand.

---

1 gr. Kommod., Zauch, 2 r. Steinrodenweg 49 (2352

Für 4—5 Wochen
2 selbständige Maurer
gesucht.
Siegmund,
2365) Marlistr. 7a.

Alter. Handwerker sucht einf. möbl. Zimm. m. Kaff. 2357) Ang. u. **A 181** a. d. E.

2-St.-Wohn. m. G. gegen gl. zu tauschen gesucht v. Holstent. a. l. kinderl., zu beseh. v. abds. 6 Uhr an Glandorpstr. 40, III. (2350

Billig modernes Sofa, 2 gute Holz-Bettstellen m. Matr., gut. Spiegel u. Kleiderschrank. (2359
Gr. Vogelsang 13a.

Ein großer Koffer zu verkaufen. (2351
Wilh. Pöhls, Rensefeld,
Kirchenstraße.

Habe 1 Zentner gute Eßkartoffeln billig abzugeben, daselbst auch ein moderner Kinderhut.
2363) Engelswisch 33/11.

---

2 Paar Mädchenstiefel, 31—32, 1 Paar Kinderstiefel, 20-21, Damenhüte zu verkaufen. (2368
Rosenpforte 3, III. rechts.

Herren-Fahrrad, fast neu zu verkaufen. (2362
Kühl, Fackenb. Allee 64, I.

Zu kaufen gesucht 1 Fahrrad m. Fr. **Baarß,** Seeretz,
2366) Dorfstr. 15.

---

333 und **585** gestempelt
H. Schultz, Uhrmacher,
Johannisstraße 20.
2346)

Klassenkämpfe im alten Braunschweig.
Soziale Bilder aus Braunschweigs Vergangenheit.
Von **Karl Zwing.**
Mk. 2.—
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Bilder-Einrahmungen (2356
Oscar Tauchnitz, Glash.
Fleischhstr. 35. Fernr. 2808

Ganz neu eingetroffen!

Der heitere Fridolin!

Halbmonatsschrift für Sport, Spiel, Spaß und Abenteuer.

Ein überaus lustiges Buch für die Jugend aller Jahrgänge. Buntfarbig reich illustriert auf vierundzwanzig Seiten.

Preis 150 Pfennig.

Buchhandlung
FRIEDR. MEYER & CO.
Lübeck, Johannisstraße 46.

Die Kunst der freien Rede.
Von Fritz Müller.
Mark 6.—.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,

Zahle hohe Preise
für
Gold-, Silber-, Doublé-, Platin-, Brillanten-
Gegenstände und Bruch.
Carl Michaelsen,
Goldschmied, (2343
Mühlenstraße 3 (Klingenberg).

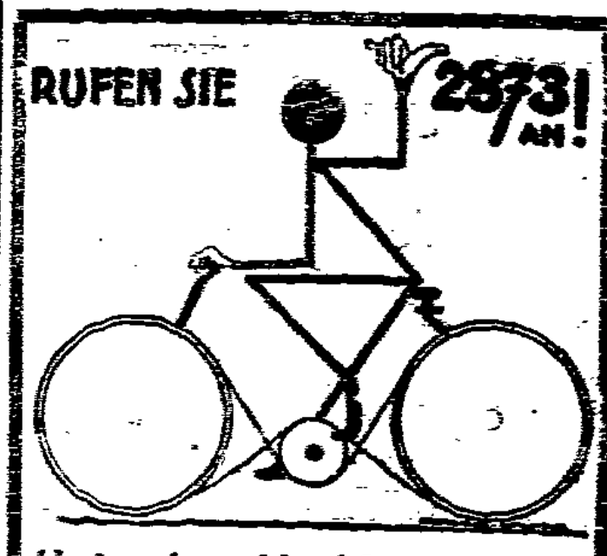
Der Wacht am Jakob
Mk. 2.00.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Referentenführer.
Von **Eduard David.**
Mk. 10.—
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße.

Starke Damen
tragen am besten das
„Nemo"-Korsett
Von vielen ärztlichen Autoritäten gerühmt und empfohlen als ein
Wunder in seiner Wirkung.
Hauptniederlage: (2344
Ch. Jepsen, Korsettfabrik, Breite Straße 42.

RUFEN SIE 2873 AN!



Und schon bin ich unterwegs, hole Ihre kaputten Schuhe und bringe sie **sofort** wie neu zurück.
Reform-Schuhwaren-Reparatur- und Besohnerei
mit elektrischem Betrieb.
Robert Jentzen
50 Hüxstraße 50.

Glockengießerstraße 61.
Zahle erhöhte Tagespreise für
Lumpen, Eisen, künstliche Metalle, Papier, Flaschen, Felle, Haare usw.
Fr. Erdmann, Fernruf 2751. (2236

Siedlung und Kleingarten

Vierseitige Zeitung in Kupfertiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksboten-leser monatlich nur 80 Pfennig. Auch im Einzelverkauf im „Lübecker Volksboten"

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche Versammlung
am Mittwoch, dem 24. Mai 1922
abends 7½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. **Die Gaukonferenz im Gau 11 und Wahl von Delegierten zu derselben.**
2. **Bericht vom Ortsausschuß.**

2358) **Der Vorstand.**

Kolosseum
Jeden Mittwoch und Sonnabend Kassenöffng. 6½ Uhr.
Ball
Heinrich Ohde.
2339)

Luisenlust Jeden Mittwoch: **Ball.**
2340) Damen Eintritt frei.

Neue Volksbühne
Beckergrube 44.
Donnerstag, den 25. Mai 1922:
Benefiz- und Ehren-Abend
für Direktor Hans Blum.
Programmfolge:
Musik: Musikdirektor **Tietjens.**
Mitzi Rose, Jugendliche Soubrette.
Ernst Kroll, Charakter-Komiker.
Blums Duo, Original-Pariser Apachentanz.
Anni Vesuv, Stimmungssoubrette.
Fred Marini, Zauberkünstler.
„Der Fall Laßberg"
Detektiv-Komödie in 1 Akt.
Walli Blum, Spitzentänzerin.
Hans Blum, der Urkomische.
4 Blumsmädel, Ballett.
Emmy Lulay, Vortragssoubrette.
Kroll-Duo.
„Tünner als Braut"
Posse.
Eintrittspreise 3, 4, 5 Mark.
Anfang 7½ Uhr. (2345

UT
Licht- spiele
Fünfhausen 17/19
bringen heute neu:
Das Haus in der Dragonergasse
gr. Sittenfilm in 5 Akten mit **Lilli Flohr** u. **Werner Kraus.**
Die Geliebte des Königs.
Ein galantes Intriguenspiel in 5 Akten. **Lya Mara** spielt die Hauptrolle. (2367
Chaplin schiebt Klaviere.

Kommentar zum Reichsmietengesetz
von **Hans Krüger**
(Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium)
Mk. 20.00. (2025
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Künstl. Zähne Zahnziehen mit örtl. Betäubung bei größter Schonung für nervöse Patienten zu empfehlen. **Plombierungen, Goldkronen, Stiftzähne, Brückenarbeiten** in korrekter, sachgemäßer Ausführung u. billigst. Preisberechnung. **Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse. Reparaturen** in kürzester Frist.
Zahn-Praxis (1633
E. Haus, Mühlenstraße 1/3, I. am Klingenberg.
Telephon 1703.

Viel Geschrei
und unsinnige Versprechungen mache ich (2841
nicht.
Für Gold-, Silber-, Platin-, Doublee-Sachen u. Bruch, für alte Münzen, Gebisse u. einzelne Zähne zahle ich
aber
nachweislich
die besten Preise
und bediene Sie nach jed. Richtung grundreell, fachmännisch und gewissenhaft.
Westfehling
32 Holstenstr. **32**
Eigene Schmelze, daher kein Zwischenhandel.

Prima gelbkochende Speisekartoffeln
Zentner 240 Mk.
Braunkohlenbriketts
Eiformbriketts
empfiehlt (2369
Wilhelm Sütke,
Schwartauer Allee 46b
Telephon 8822.

Charleville.
Dunkle Punkte aus dem Etappenleben.
Von Dr. **W. Appens.**
Mk. 2.50
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Ortsausschuß Schwartau-Rensefeld.

Am Freitag, 26. Mai, abends 8 Uhr im Gasthof Transvaal
Vortrag des Genossen **Ketelhohn** über das **Betriebsrätegesetz.** (2348
NB. Das Erscheinen aller **Betriebsräte** von Schwartau und Umgegend ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Schwartau - Rensefeld.
—:—
Den Gewerkschaften u. Vereinen hiermit zur Kenntnis, daß unser diesjähriges
Gewerkschaftsfest am 9. Juli stattfindet.
Alle umliegenden Gewerkschaften und Vereine sind hiermit freundlichst eingeladen.

Alle diejenigen, die beabsichtigen, auf dem Gewerkschaftsfest mit Obst, Knackwurst, Kuchen usw. auszustehen, haben sich bis zum 2. Juli bei dem Genossen **Ketelhohn,** Schwartau, Lübecker Straße 23, zu melden.
2349) **Der Vorstand.**

Hansatheater.
Nur noch einige Tage abends präzise **8** Uhr:
Der große Lacherfolg
Der keusche Lebemann
mit dem berühmten Komiker (2354
Anton Franck.

Stadttheater Lübeck
Dienstag, 23. Mai, 7.30:
Nach Damaskus,
1. Teil.
39. Ab.-Vorst. Schst. C.
Mittwoch, 24. Mai, 7.30:
Die Braut des Lucullus. (2356
39. Ab.-Vorst. Schst. C.
Donnerst., 25. Mai, 7.30:
Der Freischütz.
40. Ab.-Vorst. Schst. D.
Freitag, 26. Mai, 7.30 U.:
Nach Damaskus.
2. Teil.
40. Ab.-Vorst. Schst. D.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 23. Mai 1922. Nummer 119.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 23. Mai.

Die „Arbeitslust“ im „neuen Deutschland“.

Man schreibt uns recht treffend:

„Reichsminister Dr. Brauns hat sich im Reichstag anerkennend über die „beträchtliche Zunahme der Arbeitsleistungen und der Arbeitsfreudigkeit“ usw. ausgesprochen. Dem Herrn Minister empfehlen wir dringend, einmal Mäuschen oder Harum al Raschid zu spielen. Er würde sein blaues Wunder erleben, wie man ihn wegen dieser Aeußerung bespöttelt. Dr. Brauns besuche einmal in Berlin einige **Bureaus, Betriebe, Arbeitsplätze** unangemeldet, dann wird er seine Meinung schnell umstellen, wenn er beobachtet, wie die **Betriebsräte** beraten, kommandieren und anordnen, wie die Arbeiter, Angestellten und Beamten **politisieren, sich versammeln, in den Kantinen sitzen, Zigaretten und Pfeife rauchen, Witze reißen, mit den Damen sich unterhalten,** über die Teuerung schimpfen, unzufrieden sind, die Arbeit bemängeln, **die Vorgesetzten kritisieren, auf das Ende der Arbeitszeit warten** und pünktlich mit dem Glockenschlage fluchtartig die Arbeitsstätte verlassen.

Falls der Minister dann noch auf seiner Ansicht beharrt, empfehlen wir ihm dringend, einmal eine amerikanische Fabrik, vielleicht die von Ford, oder die der Bettleben Steel Co. in Pennsylvanien eines Besuches zu würdigen. Er wird dann über das Taylor-System und die Leistungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten hier und dort Vergleiche anstellen können, die auch den Minister zum Nachdenken über seine Rede anregen können. In Minister zum Nachdenken wird **keine Politik** getrieben, kennt man **keine kommandierenden Betriebsräte, keine Versammlungen während der Arbeitszeit,** keine Materialverschleuderung, **keine Massendiebstähle,** keine Redetermine in den Kantinen, keine Demonstrationen in einem Lustgarten oder vor Rathäusern, keine hunderttausend Einigungsämter, Schiedsgerichte, Schlichtungsausschüsse und dergleichen Einrichtungen.“

Nett, nicht wahr? Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, in welchem Blatt diese hahnebüchene Verleumdungen gegen die gesamte Arbeiterschaft stehen. Und eine Ausrede, daß es sich nur um besondere Berliner Betriebe handle, würde auch fehlschlagen. Denn sonst würde das Blatt nicht bemerken: „man schreibt uns recht treffend“.

Die Lübeckischen Anzeigen, die sich zu dieser eigenartigen Journalistik hergeben, schließen mit dieser gemeinen Bemerkung auf die allgemeine deutsche Arbeiterschaft. Die Unterstellungen sind so ordinär, daß es einen anekelt, darauf zu reagieren. Ein Haß niedrigster Art spritzt aus den Schmierpfoten des Schreibers, der nur noch überboten wird durch die Kühnheit des Verbreiters der Schmähung. Beide kennzeichnen sich selbst. Kennzeichnend ist es weiter, daß ein Blatt mit diesem edlen Charakter sich noch als Amtsblatt einer freien und Hansestadt geriert. Pfui Teufel!

Vierfache Erhöhung der Friedensmiete.

Der Mieterschutzverein e. V. hielt am 19. Mai in den Zentralhallen eine Mitglieder-Versammlung ab, die stark besucht war. Der Vorsitzende, Studienrat Tittel, gab einen Bericht, wie in Lübeck das Reichsmietengesetz ausgeführt werden solle. Er stelle den Verlauf der bisherigen Verhandlungen dar und skizzierte dann die Errechnung der gesetzlichen Miete nach dem Gesetz. Hierauf teilte er mit, was ein Entwurf des hiesigen Wohlfahrtsamtes zur Ausführung des Gesetzes vorschlägt. Erregte schon die Höhe der Sätze dieses Referentenentwurfes starkes Befremden, da nach dem Referentenentwurf ab 1. April 1922 eine Miete errechnet wird, die bei den allerniedrigsten Ansätzen schon mehr als das dreieinhalbfache der Miete vom 1. Juli 1914 beträgt, zum Herbst aber schon weiter erhöht werden soll, so begegneten die Forderungen der beiden Hausbesitzervereine, die eine Miete von mindestens dem Achtundeinfünftelfachen der Friedensmiete verlangen, lebhaftestem Unwillen. Der Vortragende legte dar, was der Vorstand des Mieterschutzvereins vorgeschlagen habe und betonte die Notwendigkeit, daß die Miete auf Grund eines sicheren Materials sorgfältig errechnet werden müsse, wie das der Entwurf der preußischen Regierung zu einer Landesausführungsverordnung eingehend vorschreibe, und daß die Leistungsfähigkeit der Mieter berücksichtigt werden müsse. Der Vortrag erörterte weiter die Sicherungen für eine zweckmäßige Verwendung der Mieten und den Zeitpunkt, von dem an die gesetzliche Miete zu zahlen ist. — Die Versammlung nahm mit regem Interesse und lebhaftem Beifall die Ausführungen des Vortragenden entgegen und beschloß einstimmig folgende Entschließung an Senat und Bürgerschaft zu richten:

„Die am 19. 5. 22 in den Zentralhallen versammelten organisierten Mieter Lübecks richten die dringende Bitte an Senat und Bürgerschaft, dafür zu sorgen, daß in der Lübecker Ausführungsverordnung zum RMG. die Absicht des Gesetzes unverbrüchlich festgehalten wird: **Schutz der Mieter durch Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit** und **Sicherstellung der zweckmäßigen Verwendung der Mieten durch Heranziehung der Mieter zur Verwaltung;** daß besonders dem immer noch nicht aufgegebenen Versuch, den Pflichten — nicht aber den Rechten der Mieter aus dem RMG. rückwirkende Geltung zu geben durch eine Bestimmung der Ausführungsverordnung begegnet wird, wonach die vor Inkrafttreten des RMG. bezüglich dieses Gesetzes abgegebenen Erklärungen unbeachtlich sind.“

Generalversammlung der Bauarbeiter.

Ein wichtiges Gewerbegerichtsurteil.

Die Generalversammlung der Bauarbeiter, Bezirksverein Lübeck, fand am Sonntag im Lokale des Kollegen Lender, Hundestraße, statt. Vertreten war die Zahlstelle Lübeck einschließlich des Vorstandes mit 44 Delegierten. Die auswärtigen Zahlstellen mit 28 Delegierten. Die Zahlstelle Schlutup hatte keinen Vertreter entsandt. Auf der Tagesordnung stand 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1922. 2. Bericht vom Verbandstag. 3. Anträge des Vorstandes. Nachdem die Abrechnung vom Kassierer vom 1. Quartal 1922 gegeben war, wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf erstattete der Vorsitzende, Kollege Ad. Kleinfeldt, eingehend Bericht vom Leipziger Verbandstag. Er brachte am Schlusse seiner Ausführungen zum Ausdruck, daß der deutsche Bauarbeiter-Verband noch nie einen Verbandstag gehabt habe, wo trotz des kommunistischen Zwischenfalles fast alle Beschlüsse einmütig gefaßt seien. Sodann wurden die Anträge des Vorstandes zur Debatte gestellt. Der erste Antrag betrifft das Eintrittsgeld. Dieses soll in Zukunft nach dem Statut 12 Mark, beim erstmaligen Wiedereintritt 20 Mark, beim jeden weiteren Wiedereintritt jedesmal 20 Mark mehr betragen. Für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bleibt der Satz bestehen. Diese Sätze wurden aus der Mitte der Versammlung auf 50 Mk. resp. 100 Mk. erhöht und der Antrag einstimmig angenommen. Der Antrag des Vorstandes: Verstöße gegen die tarifliche Arbeitszeit beim erstenmal mit 100 Mk., beim zweitenmal mit 200 Mk. und beim drittenmal mit Ausschluß zu bestrafen, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Die Kranzspende wurde von 50 auf 150 Mark erhöht. Alsdann wurde vom Kollegen Kleinfeldt folgendes

Gewerbegerichtsurteil

bekannt gegeben: In dem Rechtsstreit 1. des H. Piehl in Lübeck, Düstere Querstraße 5, 2. des J. Hacker, Arbeiter in Lübeck, Rosenstraße 14/11, 3. des Arbeiters C. Hellmann in Lübeck, 4. des Maurers J. Wiedhorst in Lübeck, vertreten durch den Geschäftsführer des Bauarbeiter-Verbandes, A. Kleinfeldt in Lübeck, Johannisstraße 48. Kläger, gegen die Firma P. H. Glogner u. Sohn, Baugeschäft in Lübeck, Mühlenstraße 85, Beklagte, wegen Forderung, erkennt das Lübeckische Gewerbegericht durch den Vorsitzenden Oberamtsrichter Dr. Eschenburg und die Beisitzer Fabrikant Schetelig und Maurer Steen in Lübeck für Recht: **Die Beklagte wird verurteilt an jeden der Kläger 28,80 Mark zu zahlen und die Kosten zu tragen.** Tatbestand. Die vier Kläger haben vom 26. Januar bis 17. Februar 1922 wegen Frostes ausgesetzt. Das Arbeitsamt als Trägerin der Erwerbslosenfürsorge hat angenommen, daß sie während dieser Zeit nicht entlassen waren, sondern das Arbeitsverhältnis fortbestehe. Es hat daher das dem Arbeitgeber obliegende Drittel der Krankenversicherung mit je 28,80 Mark den Klägern nicht erstattet. Die Kläger fordern dies jetzt von der Beklagten ein. Die Beklagte hat Klageabweisung beantragt und ihren Schriftsatz vorgetragen. Der Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 9. November 1920 sowie eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes sind vorgetragen. Außerdem ist gemäß Beschluß eine Auskunft des Arbeitsamtes und des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe eingeholt. Gründe. Die ganze Entscheidung läuft daraus hinaus: Waren die Kläger, während sie die Arbeit wegen Frostes aussetzten, noch im Arbeitsverhältnis bei der Beklagten geblieben oder waren sie ohne weiteres ausgeschieden mit Ausstellung des sogenannten Frostscheins? Ersteres behaupten die Kläger, letzteres die Beklagte. Bei Prüfung aller für und wider sprechenden Gründe hat das Gericht, trotzdem es die Zweifelhaftigkeit nicht leugnen will, sich doch auf den Standpunkt gestellt, daß im vorliegenden Falle die Kläger mit Ausstellung des Frostscheins nicht aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden waren. In den früheren Jahren war beim Eintritt des Frostes den ihn fordernden Arbeitern ein ordnungsmäßiger Entlassungsschein gegeben, der keinen Zweifel zuließ, daß das Arbeitsverhältnis endgültig gelöst sei. In diesem Jahre ist auf Wunsch der Arbeiter diesen nur ein sogenannter Frostschein ausgestellt, der von einer Entlassung nichts enthält und der gegenüber dem Arbeitsamt lediglich bezeugen sollte, daß die Inhaber dieses Frostscheins zur Zeit erwerbslos seien. Die Arbeitgeber haben möglicherweise den Unterschied nicht erkannt, berufen sich auch darauf, daß ein Unterschied garnicht vorliegen könne, da früher meistens gar kein Entlassungsschein, jedenfalls immer nur auf besonderen Wunsch der Arbeiter ausgestellt sei, und da immer die Abmeldung bei der Krankenversicherung das entsprechende Moment für die Entlassung gewesen sei. Hierauf beruft sich die Beklagte auch heute wieder und sieht hierin das Hauptmoment dafür, daß die Kläger bei Eintritt des Frostes von ihr endgültig entlassen seien, zumal da eine Kündigungsfrist im Baugewerbe nicht bestehe. Die Ansicht der Beklagten ist aber irrig. Die Abmeldung bei der Krankenversicherung allein kann eine Entlassung nicht herbeiführen, da der Arbeitnehmer von ihr überhaupt nichts erfährt. Eine Kündigung kann darin also nicht liegen, da diese eine empfangsbedürftige Willenserklärung darstellt. Eine sonstige ausdrückliche Entlassungserklärung (schriftlich oder mündlich) kann nicht behauptet werden, da wie erwähnt, der Frostschein von der Entlassung nichts enthält. Unter diesen Umständen muß man annehmen, zumal da nach der sachverständigen Aeußerung eines Gewerbegerichtsbeisitzers seit Jahren die entsprechende Praxis bestand, daß die Kläger sich als im Arbeitsverhältnis bei der Beklagten verbleibend angesehen haben und daß sie dies annehmen durften, (auch während des Frostes) natürlich für die Dauer des Frostes ohne die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Lohnzahlung, da die Arbeiter ihrerseits ihre Dienste nicht leisten konnten. Hiergegen wendet allerdings die Beklagte ein, daß häufig Arbeiter nach dem Frost nicht wieder gekommen seien, aber auch garnicht eine Kündigung ausgesprochen hätten, sondern nur einfach ihre Papiere gefordert hätten und weggeblieben seien. Dies spricht aber nicht gegen obige Auffassung des Gerichts; dann liegt eben spätestens in der Einforderung der Papiere die Kündigung und da die Kündigung nach dem Tarif erst zum Schlusse jedes Arbeitstages zulässig ist, so muß vielleicht dem Arbeitgeber das Recht zustehen, alsdann auch für den ersten Tag nach Wiederaufnahme der Arbeit den Wiedereintritt oder ev. die Entschädigung vom Arbeiter zu fordern. Dem Arbeitgeber steht natürlich ebenfalls das Recht zu, jederzeit einen Arbeiter zu kündigen. Bis es zu dieser Erklärung auf einer von beiden Seiten kommt, ist das Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses anzunehmen. Will der Arbeitgeber sich dagegen schützen, so muß er entweder ausdrücklich die Entlassung aussprechen oder den Arbeitern statt des Frostscheins einen Entlassungsschein geben. Mit dieser Rechtslage, die mit der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes übrigens nur indirekt zusammenhängt, weil in jenem Falle offenbar von vornherein die Wiederaufnahme der Arbeit zu einem bestimmten Termin in Aussicht genommen war, ist der Bescheid des Arbeitsministers wohl vereinbar. Er spricht aus, daß die Erwerbslosenfürsorge einem Erwerbslosen in der Regel erst mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses die Versicherung zu ersetzen verpflichtet ist, daß aber — auch beim Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses längere Zeit hindurch Erwerbslosen die Versicherungsbeiträge abgenommen werden können. Der Bescheid ergibt jedoch nichts darüber, ob und wie lange der Arbeitgeber zur Fortragung der Versicherungslast verpflichtet ist. War also vorliegendenfalls

---

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Elder.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Guten Abend,“ sagte Antje.

„Aha!“ Ein paar kritische Augen musterten den Ankömmling. „Du bist wohl die neue Binnerdeern?“

Antje nickte.

„Bist hellisch klein. Von dir werde ich wohl nicht viel Hilfe haben. Na, komm rein; die Frau ist in der Stube.“

Antje reckte sich und folgte ihr. Daß sie klein war, wußte sie längst; es war ihr größter Kummer. Aber es war ihr noch niemals zum Vorwurf gemacht worden, im Gegenteil, daheim in Immstedt hatten die Leute sie immer gern gehabt, und wenn sie sagten: „die Lüttje“, so hatte das lieb und nett geklungen. Hier dagegen schien nur das Große zu gelten, und die Menschen waren alle so groß, daß sie sich ganz unbedeutend vorkam.

Die verwitwete Frau Andersen, die Herrin von Rethwischhof, saß in ihrem lederbezogenen Lehnstuhl am Fenster und strickte. Sie war eine große, etwas hagere Frau mit strengen Zügen und großen, grauen Augen, die weder Weinen noch Lachen zu kennen schienen.

An dem zweiten Fenster, der Frau gegenüber, saß ein blasser, junger Mann, mit gekrümmtem Rücken. Er las in einem Buche und sah nur flüchtig mit glanzlosem, abwesendem Blicke auf.

Noch ein dritter war in der Stube, aber von ihm sah Antje nur den rechten Ellenbogen, eine Ecke des dunkelblonden Haarschopfes und eine große, bläuliche Rauchwolke, die von ihm ausging. Alles übrige verdeckte der mächtige eiserne Ofen.

Hilfesuchend blickte Antje um sich; ihr war der Mut vollständig gesunken. In der düsteren, nüchternen Bauernstube, mit den lederbezogenen Möbeln, dem großen Tisch mit der Wachstuchdecke, und den verräucherten Wandbildern war nicht ein Strahl von der Sonnenglut, die in den Fenstern geflimmert hatte.

„Uns' Frau, da ist die neue Binnerdern!“ rief die dicke Trina.

Frau Andersen setzte die Stricknadeln ab und rückte ihre Brille auf die Stirn. Groß und erstaunt ruhten ihre Augen auf dem kleinen Mädchen, das mit rotem Kopfe im Türrahmen stand.

„Nanu,“ rief sie mit starker Stimme, „Hans Meier hat mir wohl ein Kind vermietet. Das ist die Möglichkeit!“

Trina lachte. In Antjes braune Augen traten helle Tränen. Sie fühlte etwas wie einen leisen Stich in die linke Seite; sie war ein empfindliches Kind.

„Bist Du auch schon konfirmiert?“ fragte die Frau mit einem scharfen Blick auf ihr ausgewachsenes Röckchen.

„Ja, ich bin siebzehn.“

„Da hat der Kerl mir richtig etwas vorgeflunkert; er sagte, Du wärest achtzehn.“

„Das werde ich auch.“

„Glaub ich selbst. Aussehen tust Du, als wärest Du noch keine vierzehn. Na, Hans Jakob kann sich gratulieren, wenn ich ihn unter die Finger kriege. Einem so'n kleines Gör als Binnerdeern auf Rethwischhof zu vermieten! Die vorige wog hundertsechsundvierzig Pfund.

Ueber das Gesichtchen im Türrahmen lief ein dunkler Schein, und in den braunen Augen blitzte es auf.

„Ich bin doch zum Arbeiten vermietet und nicht zum Großtun, und arbeiten kann ich.“

In Antjes Nähe gab es plötzlich einen Ruck, wie wenn jemand, der bisher still gelegen hat sich mit einem Male auf beide Füße stellt. Vor Antje stand ein hochgewachsener, junger Mann von etwa fünfundzwanzig Jahren. Er trug die Züge der Frau am Fenster, aber in seinem Antlitz waren sie nicht mit so scharfem Griffel gezeichnet. Seine Augen hatten einen Stich mehr ins Blaue, das gab ihnen einen warmen Schein; auch seine Stimme hatte einen milderen Klang. Als er sprach, hatte Antje dieselbe Empfindung, die sie vorhin draußen gehabt hatte, als Rethwischhof mit seinen singenden Wiesen vor ihr im Abendsonnenglanz lag. Gerade so schlug jetzt ihr Herz.

„Ja, Mutter,“ sagte der junge Mann, „dann laß die kleine Deern erst mal zeigen, was sie kann. Nachher kannst weiter schelten.“

„Schelten!“ rief die Frau, man soll wohl nicht mehr den Mund auftun, wenn man übers Ohr gehauen wird und statt 'nem Ochsen ein Kalb kriegt! Ja, wenn ich nicht mehr bin, kann meinetwegen alles kopheister gehen, aber so lange paß ich auf den Kram. Ach, mein Magen! Geht in die Küche, Deerns! Zeig ihr man die Kamer, Trina. Nachher kann sie dir zur Hand gehen. Wir werden ja sehen. Ach, mein Magen!“

Antje blickte noch einmal schüchtern auf, ehe sie ging. Da sah sie, daß die blauen Augen des jungen Mannes noch immer auf sie gerichtet waren. Er sah mit gutmütigem Lächeln auf sie herab, wie man auf ein Kind blickt. Der andere junge Mensch am Fenster las unbeirrt weiter.

Einen Augenblick später stand Antje in der Mädchenkammer. Vier enge, weißgekalkte Wände umgaben sie hier. In der einen Ecke befand sich das Bett mit der grauen, rotkarierten Baumwolldecke, daß sie mit der Außendeern teilen sollte. Neben dem Bette, auf dem weißgescheuerten Holzstuhl, stand eine rostige, blecherne Waschschüssel, halb gefüllt mit schmutzigem Seifenwasser. Ein grobes Gerstenkornhandtuch lag über die Lehne des Stuhles geworfen. An der Wand hinter der Tür hingen Trinas Kleider: grobe, eigengewebte Röcke, bedruckte blaue Leinenschürzen schwarze, Sammettaillen mit kurzen Aermeln.

Antje nahm ihr Hütchen ab und hing es an einen leeren Nagel; sie sah auf einen Augenblick in den Spiegelsplitter hinein, der über dem Stuhle hing und der ihr liebliches Bild verzerrt und voller Flecken zurückwarf.

Sie schüttelte heftig den Kopf, als wollte sie Vergangenes abschütteln oder sich gegen Zukünftiges wehren. Da war es, als ob Blumen auf ihrem Haar sprießten. Aus dem Scheitel, den sie erst heute mühsam mit einem großem Aufwand von Wasser glatt gekämmt hatte, drängten sich feine Kraushärchen mutwillig hervor und umgaben das Gesichtchen mit einem hellen Heiligenschein.

Sie ging daran ihr Bündel auszukramen. Inzwischen trat sie an das kleine Fenster und stieß es auf. Es ging schwer, als wäre es lange Zeit hindurch nicht geöffnet gewesen und in den Angeln festgerostet.

Draußen auf dem Hofplatz stand indessen die Außendeern Trina in eifrigem Gespräch mit dem Großknecht.

„Sie langt knapp zum Eimereck hinauf,“ sagte Trina, „ich glaube, Heie, Dir reicht sie bloß bis an die Brust, nein noch nicht mal; ich glaube, sie kann dir unter die Arme durchlaufen. Die feine Puppe.“

„Ich steck sie in die Westentasche,“ sagte Heie Rehm mit großartiger Gebärde.

In diesem Augenblick trat Antje in die Hoftür, mit großen lugenden Augen. Da sagte Heie Rehm mit höflicher Verbeugung: „Guten Abend“, und Trina trat vertraulich und etwas verlegen an sie heran und schob ihren Arm in den der jungen Kollegin.

Am Abend, als sie in der Leutestube um die Buchweizengrütze saßen, folgte die Vorstellung. Wer Antje Möller war, wußten sie alle. Ihr selbst gab Trina im Flüsterton Bescheid.

„Das da der Lange, ist Heie Rehm, der Großknecht. Der andere ist Peter Matz, der zweite, der ist ein bißchen tussig. Frieck, unser Kuhjunge, ist ein Racker, vor dem nimm dich in acht! Er hat es faustdick hinter den Ohren. Nahmer Reimer ist unser Arbeitsmann; der geht schon fünfzehn Jahre auf Rethwischhof.“

Antje blickte von einem zum andern. Heie Rehm bekam einen roten Kopf und Frieck grinste sie vertraulich an.

Sie wandte das Köpfchen. „Und die da drinnen?“ wollte sie sagen. Aber sie besann sich zur rechten Zeit. Was gingen sie die im Wohnzimmer an? Sie gehörte ja zu diesen draußen; sie war ein Glied geworden in der Arbeitskette dieses Hofes.

(Fortsetzung folgt.)

das Arbeitsverhältnis der Kläger überhaupt noch nicht endgültig gelöst, so konnte konsequenterweise der Arbeitgeber auch nicht ohne weiteres die Krankenversicherung durch Abmeldung abwälzen. Die Arbeitgeber werden also fortan Sorge tragen müssen, daß über das Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses während der Frostperiode durchaus kein Zweifel mehr obwalten können. Jedenfalls kann vorliegendenfalls der Arbeitgeber die Uebernahme des ihm obliegenden Drittels der Krankenversicherung nicht ablehnen.

Noch einmal die Deutsch-Amerikaner. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Der Artikel: „Den Deutsch-Amerikanern" vom Sonnabend erweckt den Anschein, als ob die plattdeutschen Vereine die Bitte um Hissung der schwarz-weiß-roten Fahnen unterstützt hätten. Im Hinblick auf unseren Mitgliederkreis, der sich größtenteils aus Angehörigen des Arbeiterstandes zusammensetzt, möchten wir Sie ergebenst bitten, eine Berichtigung insofern vorzunehmen, daß der Plattdeutsche Verein „Eek" in Lübeck und der Verein „Fritz Reuter" in Lübeck weder ein Ersuchen in dieser Fahnenangelegenheit an Sie gerichtet noch unterstützt haben. Sollte der betreffende Herr im Namen der plattdeutschen Vereine mit Ihnen gesprochen haben, so war er hierzu von uns nicht ermächtigt und [illegible] berechtigt." — Vielleicht wenden sich die Vereine an H[illegible]r Mildenstein, der gewiß gerne Auskunft erteilen [illegible].

Schont die Blüten! Kaum hat sich uns der Frühling in etwas freundlicherer Gestalt gezeigt, und die ersten Blüten prangen an den Zweigen, so beginnt auch schon wieder die Unsitte des Abreißens von Blütenzweigen. Nicht nur Kinder begehen diesen Frevel an der Natur, sondern leider auch Erwachsene. Alles was blüht, fällt ihren unvernünftigen Händen zum Opfer. Sonntag konnte man sehen, wie Ausflügler mit welken Blütenzweigen heimkehrten oder wie die jungen Zweige achtlos weggeworfen wurden die am Strauch noch manchen weniger rohen Wanderer entzückt hätten. Schont die blühende Natur und laßt den Bäumen und Sträuchern ihren Frühlingsschmuck. So wie ihr wollen sich noch tausend andere an ihnen erfreuen und ihr habt kein Recht, den Mitmenschen die Freude und der Natur ihren köstlichsten Schmuck zu rauben!

Mittels Einbruchs wurden am 21. ds. Mts. in den Nachmittagsstunden aus einem Hause der Holstenstraße gestohlen: 12 silb. Eßlöffel, 6 silb. Teelöffel, 6 Paar Messer und Gabeln, 1 großer silberner Füll-Löffel, 2 Gemüselöffel, 6 Küchenmesser und -Gabeln, 1 kleine, dunkelbraune, lederne Handtasche, 1 schwarzer Cutaway, 1 hellgrau-gestreifte Hose, 1 heller Ueberzieher, 1 bläulicher, groß-karierter Winterüberzieher, 1 dunkler Anzug und 1 Paar neue, braune Herrenschnürschuhe.

Dollarschwindler. In Hamburg ist ein Geschäftsmann von angeblichen Amerikanern mit außer Kurs gesetzten amerikanischen Banknoten hineingelegt worden. Zwei Männer betraten ein Lederwarengeschäft in der Wandsbeker Chaussee und verlangten eine Aktentasche. Sie gaben eine wertlose 5-Dollarnote in Zahlung und erhielten noch 1300 Mark zurück. Als sie schon fort waren, bemerkte der Geschäftsinhaber die Gaunerei, er ließ die Leute verfolgen und verhaften. Der eine der „Amerikaner" ist der am 28. April aus der Lübecker Strafanstalt entwichene H. Es handelt sich um die amerikanischen Scheine der alten Föderativstaaten. Diese sehen den echten Noten sehr ähnlich, tragen aber den Aufdruck „Federated States" anstatt „United States" und sind völlig wertlos.

pb. **Ermittelte Speckdiebe.** Durch eingehende Nachforschungen seitens der Beamten der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Einbrecher festzunehmen, der vor einigen Tagen in der Konstinstraße von einem Kriminalbeamten mit Räucherwaren angehalten worden war und dadurch, daß er einen Revolver gegen den Beamten zog, entkommen konnte. Es ist ein hier wohnhafter Pole. Die Ehefrau desselben wurde wegen Hehlerei festgenommen. Ferner wurde ein Komplize des Einbrechers, ebenfalls ein Pole, ermittelt und festgenommen. Bei letzterem wurde eine große Mehrladepistole und ein großes Bund Schlüssel gefunden. Durch die Festnahme der Beiden sind zweifellos zwei gemeingefährliche Menschen unschädlich gemacht worden. Bei den Tätern wurden Speckreste und Speckschwarten gefunden, auf welchen teils ein „W", teils die Nummer „117" eingebrannt sind. Die Eigentümer werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Mittwoch wird die reizende Gilbertsche Operette: „Die Braut des Lucullus" wiederholt. Im Donnerstag-Ab. wird „Der Freischütz" gegeben. Den Max singt Herr Emil Saraski aus München auf Anstellung, den Kaspar singt Herr Dirk Magre vom Landes-Theater Coburg.

Hansa-Theater. Es sind nur noch einige Tage, an denen das Gastspiel des berühmten Komikers Anton Franck in dem tollen Schwank „Der keusche Lebemann" stattfindet. Wer wirklich mal herzlich lachen will, der muß Anton Franck gesehen haben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ertrunken. Der Wandsbekerstraße 8 wohnhafte Kutscher Willi Mayer unternahm mit der ledigen Martha Schröder, Billhorner Röhrendamm 235, eine Bootsfahrt auf der Bille. Bei der schwarzen Brücke kenterte das Boot und beide Insassen fielen ins Wasser. Während die Schröder von Zivilpersonen gerettet werden konnte, ertrank Mayer. Die Leiche wurde nachts geborgen und ins Hafenkrankenhaus geschafft. — Vom Spiel in den Tod. Am St.-Pauli-Markt und Landungsplatz spielte am Sonntag der acht Jahre alte Werner Hansen auf einem im Wasser liegenden Balken. Auf dem schlüpfrigen Holz verloren die Füße den Halt, der Junge stürzte ins Wasser und fand den Tod. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Vergeblicher Fluchtversuch. Der berüchtigte Aus- und Einbrecher Schulz machte abermals einen Versuch, den Mauern des Fuhlsbütteler Gefängnisses zu entrinnen. Es wäre ihm auch geglückt, wenn andere Mitgefangene keinen Lärm geschlagen hätten. Mit einem abgebrochenen Messer hatte er eine einen halben Meter dicke Mauer durchbrochen. Durch dieses Loch gelangten er und zwei seiner Mitgefangenen in den Arbeitsraum. Hier durchfügten sie mit Feilen ein eisernes Gitter und ließen sich an vier zerrissenen aneinander gebundenen Betüchern hinab in den Gefängnishof. Sch. und der zweite Gefangene waren bereits unten, als der Fluchtversuch entdeckt wurde. Das vor dem Gefängnistor mit vier Personen besetzte wartende Auto, fuhr eiligst von dannen. Schulz war der Hauptführer des bewaffneten Ueberfalls auf ein Gefangenenauto in der Alsterdorferstraße.

Hamburg. Ein Teilstreik der Reichs-Eisenbahner ist am Montag ausgebrochen. Der Grund ist in der Nichtanerkennung des Schiedsspruches, der zugunsten des Personals lautete, durch die Direktion in Altona zu suchen. Die verlautet wurde der Ausstand nach kurzer Zeit beigelegt.

Kiel. Der kleine Kreuzer „Lübeck" wurde 1. J. nach dem dänischen Hafen Rödby zum Abwracken verkauft. Die Käuferin, die Rödbyer Schiffswerft, ist inzwischen in Konkurs geraten, ohne die Abwrackarbeiten ganz zu Ende geführt zu haben. Jetzt schweben Verhandlungen, das Wrack wieder nach Deutschland zu verkaufen. — Den 3-Mark-Tarif hat die Straßenbahn eingeführt. Umsteigen und mehr als 5 Haltestellen kosten 4 Mark (früher 2 und 250 Mark).

Harburg. Entbehrungslöhne der Industrie. Die Harburger Eisen- und Bronzewerke A.-G. in Harburg a. E. erzielten für das abgelaufene Geschäftsjahr 1921 einschl. des Vortrages von 120 378 Mk. (i. V. 116 894) einen Brutto-Ueberschuß von 32,14 Mill. Mk. (7,24 Mill.); nach Abschreibungen von 2,45 Mill. Mk. (768 365) verbleibt ein Reingewinn von 29,7 Mill. Mark (6,47), woraus 25 Proz. Dividende und 75 Proz. Bonus auf 21 Mill. Mk. verteilt (i. V. 16 Proz. Dividende und 300 Mk. Bonus in Kriegsanleihe auf 3,5 Mill. Mk. Aktienkapital und 3,5 Mill. Mk. freie Aktien), 750 000 Mk. dem Reservefonds überwiesen, 6 Mill. Mk. für Errichtung eines Werkerhaltungskontos und 1,25 Mill. Mk. (500 000) für den Unterstützungsfonds für Beamte und Arbeiter verwendet und 697 516 Mark vorgetragen werden. Die Verwaltung bemerkt hierzu im Bericht, daß sich die im vorjährigen Geschäftsbericht ausgesprochene Erwartung, daß auch das laufende Geschäftsjahr günstig verlaufen würde, voll erfüllt habe. — Das kann ein Blinder mit dem Krückstock fühlen. Dies alles erschuften die faulen Arbeiter, die — um mit den Lübeckischen Anzeigen zu reden — nichts tun als herumstehen, politisieren, auf den Feierabend und den Lohn warten und vielleicht noch Massendiebstähle begehen. Und bei all dem werden die Unternehmer und Aktionäre dick und prall.

Bremen. Die „Plattdütsche Wäke" nahm Sonntag mit der Ankunft und feierlichen Begrüßung der Vertreter der plattdeutschen Vereine aus den Vereinigten Staaten von Amerika ihren Anfang. Pünktlich um 12 Uhr mittags lief der von Hamburg kommende Sonderzug mit etwa 600 Teilnehmern ein, die in dem festlich geschmückten Wartesaale des Lloydbahnhofes herzlich willkommen geheißen wurden. Der amerikanische Konsul in Bremen, Mr. Steward gab dem Wunsche Ausdruck, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika bald wieder dasselbe werden möge wie es vor 1914 gewesen sei. Der Präsident des Nordamerikanischen Volksfestvereins in Neuyork dankte für den warmen, herzlichen Empfang in Bremen und überbrachte Grüße derjenseits des Ozeans zurückgebliebenen Deutsch-Amerikaner an die alte Heimat. Ein mit voller Begeisterung aufgenommenes plattdeutsches Lied beschloß die kurze, eindrucksvolle Begrüßung, der sich ein gemeinsames Essen in der „Union" anschloß. Von seiten der Amerikaner wurde besonders betont, daß sie nicht mit leeren Händen kämen, sondern es sich zur Aufgabe gestellt hätten, dafür zu sorgen, das die deutsche Jugend von neuem erstarke und auch die Kranken und Waisen vor bitterster Not bewahrt würden. Ein amerikanischer Redner gab besonders seiner Freude über die Wiedereröffnung der deutschen Schiffahrt durch den Norddeutschen Lloyd und die Hapag Ausdruck und wünschte, daß beide Gesellschaften bald wieder in der Lage sein möchten, den Verkehr wie vor dem Kriege aufzunehmen.

Oldenburg. Der Landtag nahm in seiner Sitzung am Freitag das Gesetz für den Landesteil Lübeck (betr. Besteuerung der Schußwaffen) an.

Wohnungs- und Siedlungswesen in Lübeck.

I.

Die Wohnungsverhältnisse Lübecks und die Wohnungsnot.

Der Bezirkswohnungskommissar und das Wohlfahrtsamt haben über das Wohnungs- und Siedlungswesen in Lübeck einen Bericht an den Senat herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen:

Die Einwohnerzahl ist im gesamten Stadtgebiet vom Jahre 1918 bis zum 1. Januar 1922 von rund 113 919 auf 120 519 im Gebiet der Stadt und der inneren Vorstädte von 101 919 auf 108 439 gestiegen. Die Zahl der Wohnungen hat im gesamten Stadtgebiet von 29 204 auf 31 012, im Gebiet der Stadt und der inneren Vorstädte von 26 869 auf 28 054 zugenommen.

Die Bevölkerungsvermehrung durch Zuzug war im Jahr 1919 mit 5003 Köpfen am stärksten, sie betrug 1920 2938 und 1921 2122 Köpfe. Sie nahm also ständig ab. Die Vermehrung der Haushalte durch Zuzug war im Jahre 1920 mit 343 am stärksten, wogegen im Jahre 1919 ein Verlust von 108, im Jahre 1921 dagegen ein Gewinn von 143 zu verzeichnen war. Der Verlust im Jahre 1919 ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß während des Krieges trotz der starken Abnahme der Einwohnerzahl eine Vermehrung der Zahl der Haushalte durch Zuzug stattgefunden hatte, die nach dem Kriege unter den anderen Verhältnissen nicht in Lübeck geblieben sind.

Der Zuzug in den Jahren 1920/21 hatte hauptsächlich seinen Ursprung in dem Zustrom baltischer Flüchtlinge und solcher Familien, die sich aus den an Dänemark und Polen abgetretenen Gebieten nach Lübeck wandten. Aber auch das Anwachsen von Industrie, Handel und Bankwesen und ein verstärkter Beamtenbedarf, insbesondere der neuen Reichsbehörden, trugen ihren Teil dazu bei, auswärtige Kräfte heranzuziehen, wenn man auch bemüht war, soweit es die wirtschaftliche Entwicklung irgend zuließ, diesen Zuzug fern zu halten oder durch Wohnungstausch auszugleichen.

Neugründungen von Haushaltungen fanden im Jahre 1919 1385, im Jahre 1920 1813 und im Jahre 1921 1474 statt. Von diesen neugegründeten Haushaltungen sind erfahrungsgemäß nach neueren Feststellungen etwa 86 % in Lübeck geblieben. Ueber die Auflösung von Haushaltungen infolge Sterbefalls ist statistisches Material nicht vorhanden, deren Zahl kann ebenfalls nur nach gewissen Erfahrungssätzen geschätzt werden. Nach den Ergebnissen des Wohnungsnachweises hat die Nachfrage nach Wohnungen ständig gewechselt. Sie war Ende des Jahres 1919 und Anfang 1920 am größten und Mitte 1921 am geringsten. Von da ab stieg sie wieder und nahm im letzten Monat des verflossenen Jahres wieder ab. In der Statistik des Wohnungsnachweises erklärt sich die Höhe des Fehlbeitrages aus dem Mangel an verfügbaren Wohnungen. Der Wohnungsnachweis verfügte in der Hauptsache nur über staatliche Wohnungen, eingebaute Notwohnungen und solche, die beschlagnahmt wurden. Im übrigen konnte der Vermieter nach vorher eingeholter Erlaubnis selbst vermieten.

Die Zusammenstellung über die verfügbaren Wohnungen und den Wohnungsbedarf zeigt folgendes Bild: Im Jahre 1919 waren 26 869 Wohnungen, aber 27 001 Haushaltungen vorhanden. Es fehlten also damals schon 132 Wohnungen. 1920 vermehrten sich die Haushaltungen um 1763, die Wohnungen aber nur um 1119. Der Fehlbetrag an Wohnungen stellte sich Ende 1920 auf 776. Im Jahre 1921 belief sich der Zugang an Haushaltungen auf 1351 und der Zugang an Wohnungen auf 770. Der Fehlbetrag an Wohnungen stieg somit auf 1357. Für das Jahr 1922 wird der Zugang an Haushaltungen auf 1000 geschätzt und die Vermehrung der Wohnungen auf 1106. Demnach vermindert sich der Fehlbetrag an Wohnungen Ende 1922 auf 1251.

Die Vermehrung der Wohnungen ist hauptsächlich durch Neubauten erfolgt. Abzüglich der eingegangenen Wohnungen wurden im Jahre 1920 934, 1921 616 und 1922 (geschätzt) 956 Wohnungen gebaut.

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß wir den Bedarf an Wohnungen für die vorhandenen Haushaltungen durch die geschaffenen Wohnungen in keinem Jahr nach dem Kriege haben decken können, sondern daß stets noch ein Fehlbetrag übrig blieb, der sich durch ein Zusammendrängen von Familien in unzureichenden Räumen auswirkte. Immerhin ist festzustellen, daß im letzten Jahre der Zugang und die Vermehrung der Haushalte etwas zurückgegangen sind. In der Annahme, daß dieser Rückgang auch in diesem Jahre anhält, müßten im Jahre 1922 für den Fehlbetrag über die Zahl der geplanten Wohnungen hinaus noch 1251 Wohnungen geschaffen werden, wenn nur für jede vorhandene Haushaltung eine Wohnung bereitgestellt werden soll. Dabei würde aber für einen Ueberschuß zur Unterbringung [illegible] 1923 neu hinzukommenden Haushalte noch nicht gesorgt sein.

Wohnungsherstellung.

Diese Zusammenstellung zeigt, wie viele Wohnungen bisher [illegible] Lübeck geschaffen und welche Mittel dafür sowohl von Lü[illegible] als auch vom Reiche aufgewendet worden sind.

Für die Aufschließung von Gelände für neue Wohnung[illegible] einschl. der Straßen- und Sielbauten wurden 1 945 789 Mk. a[illegible] gegeben. Der Beitrag des Reiches belief sich auf 286 244 [illegible]

Durch den Ausbau von staatlichen Gebäuden [illegible] Wohnungen wurden 173 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 889 899 Mk. geschaffen. Die Kosten für eine Wohnu[illegible] betragen demnach durchschnittlich 5100 Mark.

Bau von Wohnungen. Es wurden 306 Wohnungen [illegible] baut, für die einschl. der Zuschüsse des Reiches 9 921 151 Mk. a[illegible] gegeben wurden. Die Kosten für eine Wohnung belaufen sich [illegible] Durchschnitt auf 32 420 Mk.

Der Umbau von Baracken zu 216 Wohnungen erforderte [illegible] Summe von 2 509 857 Mk., Durchschnittskosten für eine Wohnu[illegible] 11 620 Mk.

Bauten der Baugesellschaften.

Die Gemeinnützige Siedlungsgenossensch[illegible] baute 256 Wohnungen. Sie erhielt einen Baukostenzuschuß o[illegible] Bauhilfsdarlehen von 6 022 100 Mk. Die Heimstättengesellsch[illegible] baute 60 Wohnungen und erhielt einen Kostenzuschuß von 1 036 8[illegible] Mark. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft baute 44 Wohnung[illegible] und erhielt einen Kostenzuschuß von 763 440 Mk. Der Lübec[illegible] gemeinnützige Bauverein baute 46 Wohnungen. Kostenzuschu[illegible] 693 409 Mk. Die ländliche Siedelungsgesellschaft baute 25 Wo[illegible]nungen. Kostenzuschuß: 530 050 Mk. Zusammen sind das 4[illegible] Wohnungen, die einen Kostenzuschuß von 9 045 8[illegible] Mark erforderten. Der Durchschnittszuschuß für eine Wohnu[illegible] beträgt 21 000 Mk.

Mit Hilfe von Bauzuschüssen sind 130 Wohnungen, mit Hi[illegible] von Reichsdarlehen 166 Wohnungen geschaffen worden. Wohnu[illegible]gen, die mit Hilfe von Beihilfsdarlehen Lübecks geschaffen word[illegible] sind oder sich noch im Bau befinden: 408, mit einem Bauzusch[illegible] von 10 420 610 Mk. Das Durchschnittsdarlehen ist somit 25,2[illegible] Mark.

Für den Einbau von 259 Wohnungen in Privathäusern wurden 1 335 000 Mk. Zuschüsse geleistet. Der Durchschnittszuschuß für eine Wohnung ist 5100 Mk. Die Kosten f[illegible] den Einbau von Wohnungen in Privathäusern auf Veranlassu[illegible] des Wohnungsamtes belaufen sich auf 4 903 817 Mk. für 605 Wo[illegible]nungen, im Durchschnitt für eine Wohnung auf 8100 Mk.

Aus aller Welt.

Der englische Postdampfer „Aegypte" gesunken.

Etwa hundert Passagiere ertrunken.

Am Sonnabend ist in der Nähe von Brest der englisc[illegible] Postdampfer „Aegypte", der nach Bombay bestimmt war, i[illegible] Nebel mit dem französischen Lustdampfer „Seine" zusammeng[illegible]stoßen und gesunken. Die Zahl der Opfer bei dieser Kat[illegible]strophe wird nach den letzten Nachrichten auf 80 bis 100 Pe[illegible]sonen berechnet. An Bord des untergegangenen Schiffes b[illegible]fanden sich 38 Passagiere und 291 Mann Besatzung. Der fra[illegible]zösische Dampfer fuhr dem englischen Schiff in die Backbordseit[illegible] Der Kiel der „Seine" wurde eingedrückt; aber das Schiff blie[illegible] flott. Dagegen sank der englische Dampfer, dessen Wände au[illegible]gerissen waren, in zwanzig Minuten. Trotz der Panik, die na[illegible] dem Zusammenstoß eintrat, gelang es der englischen Mannschaf[illegible] Rettungsboote auszusetzen, aber die Boote waren überlastet u[illegible]sanken. Die Boote der „Seine" haben 218 Mann der Besatzu[illegible] und 29 Passagiere gerettet, die übrigen sind ertrunken. Bish[illegible] sind 30 Leichen geborgen worden. Verschiedene Dampfer, die d[illegible] Notsignale der „Aegypte" auffingen, gelangten mit groß[illegible] Schnelligkeit an die Stätte des Unglücks, kamen aber trotzdem [illegible] spät. Der englische Konsul in Brest will die Namen der Opf[illegible] noch nicht bekanntgeben, da er Mitteilungen erhalten hat, da[illegible] ein portugiesisches Schiff einen Teil der Verunglückten gerette[illegible] hat. Man hofft, daß die Zahl der Opfer geringer sein wird, a[illegible] man bisher annimmt.

Schweres Unglück bei einer Bergprüfungsfahrt. Bei d[illegible] Bergprüfungsfahrt für mittlere Motorräder in Elberfeld hat si[illegible] ein schweres Unglück ereignet. Als zwei Fahrer scharfe Kurve[illegible] nehmen wollten, verlor der eine die Herrschaft über die Maschi[illegible] und fuhr in vollem Tempo in die Zuschauermenge hinein. Sec[illegible] Personen wurden verletzt, 4 davon mußten ins Krankenhaus g[illegible]bracht werden.

Ein neuer Komet. Die Sternwarte in Heidelberg teilt mi[illegible] daß nach einer Meldung des Astronomen Engellerup ein neue[illegible] Komet entdeckt wurde, der sich in den Zwillingen befindet un[illegible] nordwärts bereits nach dem Sternbilde des Krebses weiterwander[illegible] Der Komet soll zurzeit noch recht schwach sein.

Der Tiger im Zirkuspublikum. In der Vorstellung de[illegible] Zirkus Schumann in Stockholm gelang es am Freitag währe[illegible] einer Tiger-Dressurnummer einem der Tiere, aus dem eisern[illegible] Käfig, der mitten in der Manege aufgestellt war, zu entkommen[illegible] Zum allgemeinen Entsetzen sprang der Tiger mitten unter da[illegible] Publikum, das in wilder Panik nach allen Seiten flüchtete[illegible] Mehrere Damen fielen in Ohnmacht; Menschen kamen jedoch nic[illegible] zu Schaden. Schließlich setzte der Tiger mit einem Sprunge au[illegible] die Musikertribüne. Dort legte sich das Tier ruhig nieder, und a[illegible] das Publikum auf die Aufforderung des Bändigers den Zirku[illegible] verlassen hatte, gehorchte der Tiger dem Pfiffe seines Herrn un[illegible]kehrte in den Käfig zurück. —

Allerlei Wissenswertes.

Wiederkehr des Tertiär-Klimas? Der bekannte Forsche[illegible] Wilhelm Schuster v. Forstner vertritt die Ansicht von der Wieder[illegible]kehr tertiärzeitähnlicher Klima- und Lebensverhältnisse. E[illegible] sollen wieder ähnliche Zeiten kommen wie vor dem großen Klima[illegible]sturz im Diluvium, wo das Nilpferd in der Themse badete un[illegible] der Pelikan bei Nördlingen brütete. Diese Annahme begründe[illegible] er besonders aus Erscheinungen des Vogelfluges und der Tier[illegible]wanderungen. Viele Tierarten, allein 70 Vogelarten, dehne[illegible] ihr Verbreitungsgebiet gegenwärtig immer mehr nach Norde[illegible] aus; eine sehr große Anzahl von Zugvögeln wandelt sich allmählic[illegible] in Standvögel um, und zahlreiche Arten, die durch die Eiszeit na[illegible] Osten verdrängt wurden, wandern langsam wieder nach Weste[illegible] zurück. Aus Grund solcher Tatsachen hält Schuster die Annahm[illegible] von der Wiederkehr eines wärmeren, subtropischen Klimas fü[illegible] berechtigt.

Neue Bücher.

Im Verlag der Buchhandlung „Freiheit", Berlin C. 2, e[illegible]schien soeben die 2. veränderte Auflage der Schrift „Sozialistis[illegible] Schul- und Erziehungsfragen". Verfasser ist der bekannte, i[illegible] Mittelpunkt der Berliner Schulkämpfe stehende Pädagoge un[illegible] Kulturpolitiker Dr. Kurt Löwenstein. Die Schrift ist bei ihre[illegible] Erscheinen für weite sozialistische Kreise grundlegend gewesen un[illegible] hat auch über den Rahmen der sozialistischen Kreise hinaus A[illegible]erkennung gefunden und zu interessiertem Nachdenken angeregt. Die Schrift hat wesentliche Bereicherung in der Darlegung der augenblicklich höchst aktuellen Fragen (Aufbauschulen, Lehrmittel, Schulgeld u. dgl. mehr) erfahren.